Einzelpreis 10 Danzig. Pfennig
mit „Volk und Zeit" 20 Pfennige

Danziger Volksstimme

Organ für die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig

Bezugspreis monatlich 2,50 Gulden, wöchentlich 0,60 Gulden, in Deutschland 2,00 Goldmark, durch die Post 2,50 Gulden monatlich. Anzeigen: die 8-gesp. Zeile 0,30 Gulden, Reklamezeile 1,— Gulden, in Deutschland 0,30 und 1,50 Goldmark. Abonnements- und Inseratenaufträge in Polen nach dem Danziger Tageskurs.

Geschäftsstelle: Danzig, Am Spendhaus Nr. 6
Postscheckkonto: Danzig 2945
Fernsprecher: Für Schriftleitung 720
für Anzeigen-Annahme, Zeitungsbestellung und Drucksachen 3290

Nr. 196 — Freitag, den 22. August 1924 — 15. Jahrg.

Reichstagsauflösung in Sicht.

Die Deutschnationalen beschließen Ablehnung der Dawesgesetze.
Die Sozialdemokratie fordert Neuwahlen und Volksentscheid.

Die deutschnationale Reichstagsfraktion befaßte sich am Donnerstag in einer vierstündigen Sitzung mit den Londoner Vereinbarungen. Ueber den Verlauf der Sitzung wird folgender parteioffizielle Bericht veröffentlicht: Die deutschnationale Fraktion, verstärkt durch zahlreiche Mitglieder der preußischen Landtagsfraktion, nahm am Donnerstag einen eingehenden Bericht des Parteivorsitzenden entgegen. Sie sprach zu der bisherigen Haltung der Parteileitung, insbesondere zu der Veröffentlichung vom 15. August 1924 (in der bekanntlich der ablehnende Standpunkt der Deutschnationalen zu den Londoner Vereinbarungen zum Ausdruck gebracht wird. D. Red.) einmütig ihre Zustimmung aus. Sie stellte ferner einmütig fest, daß sie nach wie vor auf dem in ihren sieben Punkten und in der Rede des Abgeordneten Hoetzsch vom 26. Juli festgelegten Standpunkt beharrt. Sie ist sich dabei ihrer Verantwortung voll bewußt und ist überzeugt, daß sie mit dieser Haltung den Interessen und der Stimmung ihrer Parteifreunde in den besetzten Gebieten entspricht.

Von den rechtsstehenden Blättern bringt nur die „Deutsche Zeitung" eine Bemerkung zu dem parteiamtlichen Bericht über die gestrige Sitzung der deutschnationalen Reichstagsfraktion. Das Blatt schreibt: Soweit wir unterrichtet sind, bedeutet diese Verlautbarung der Deutschnationalen die unbedingte Ablehnung der Londoner Abmachungen und der im Dawesbericht vorgesehenen Gesetze. — Die „Vossische Zeitung" sagt zu dem Bericht: Das Nein der Deutschnationalen ist zwar nicht wörtlich ausgesprochen oder angekündigt, aber die Berufung auf die Veröffentlichung vom 15. August genügt vollauf. Man wird sich jetzt nur noch mit den Folgerungen zu beschäftigen haben, die die Regierung aus dieser Haltung der Deutschnationalen ziehen wird. Die eine wird die Auflösung des Reichstages sein, die andere wahrscheinlich die Anrufung des Volksentscheides. — Auch der „Vorwärts" verlangt die Auflösung des Reichstages. Das Blatt schreibt: Die Deutschnationalen haben durch ihren Beschluß sich selber und damit dem Reichstag der Inflation das Urteil gesprochen. Mit diesem Reichstag läßt sich der Londoner Vertrag nicht durchführen. Das Blatt teilt dann weiter mit, daß auch der sozialdemokratische Fraktionsvorstand gestern einmütig der Meinung war, daß der Reichstag der Auflösung verfallen müsse. Die Frage, ob man durch Neuwahlen oder durch einen Volksentscheid rascher und gründlicher zum Ziele komme, sei in der Fraktionssitzung als eine mehr technische betrachtet worden. Auf keinen Fall aber könne davon die Rede sein, daß der Volksentscheid als Ersatz für die notwendigen Neuwahlen zur Anwendung gebracht werden dürfe.

Die Stellungnahme des Auswärtigen Ausschusses

Die Donnerstagssitzung des Auswärtigen Ausschusses war auf Vorschlag des Vorsitzenden, Genossen Hermann Müller, öffentlich, sodaß nahezu sämtliche, bereits in Berlin anwesenden Abgeordneten an der Aussprache über das Schlußprotokoll der Londoner Konferenz als Zuhörer teilnahmen. Einleitend betonte Reichskanzler Marx, daß die Reichsregierung die Unterzeichnung des Londoner Protokolls nicht hinauszögern wolle. Auch der französische Ministerpräsident sei für Erledigung binnen zehn Tagen eingetreten. An der Einhaltung des 30. August als Termin bestehe das allergrößte Interesse, da alle anderen Termine von ihm abhingen. Graf Lerchenfeld von der Bayerischen Volkspartei und der Führer der Deutschnationalen, Hergt, wünschten zunächst Aufklärung, was aus der Londoner Vereinbarung werde, wenn keine Zweidrittelmehrheit im Reichstage zustande komme. Nach Hergt gebe es in diesem Falle nur zwei parlamentarische Lösungen, entweder Auflösung des Reichstages oder Volksabstimmung. (Stürmische Zurufe der Sozialdemokraten: Beides!) Der Reichskanzler erklärte, daß nach seiner Auffassung die Frage offen sei, was werden solle, wenn die durch die Londoner Vereinbarungen bedingten Gesetze nicht angenommen werden. Eine Gebundenheit der Alliierten sei dann nicht mehr vorhanden. Innerpolitisch betrachte es die Regierung als ihre Aufgabe, den Reichstag zu seiner Pflicht zurückzubringen, wenn er versage, d. h. alle verfassungsmäßigen Mittel anzuwenden, um den Reichstag zur Zustimmung zu veranlassen. Mit allem Ernst müsse auf die Folgen hingewiesen werden, die sich aus einer Versäumnis des Termins des 30. August ergeben. Eine neue Konferenz sei nicht ohne weiteres möglich, wahrscheinlich sei dann sogar alles aus.

Annahme der Dawesgesetze im Reichsrat.

Der Reichsrat beschäftigte sich gestern mit den Gutachten-Gesetzen. Angenommen wurde gegen die Stimmen der beiden Mecklenburg das Bankgesetz, ebenso das Gesetz über die Privatnotenbanken und das Gesetz über die Industrie-Belastung. In besonderer Abstimmung wurde mit allen gegen zwei Stimmen die Eisenbahnvorlage angenommen. Nur die Vertreter Ostpreußens und Pommerns stimmten dagegen. Der Stimmabgabe enthielten sich Bayern, Württemberg, Thüringen und die beiden Mecklenburg. Die erforderliche Zweidrittelmehrheit für das verfassungsändernde Gesetz war damit vorhanden. Angenommen wurde weiterhin mit Mehrheit der Gesetzentwurf über die Personalverhältnisse bei der Reichsbahn, die Vorlage über die Liquidierung der Rentenbank, das Münzgesetz und das Mantelgesetz.

Herriots Erklärungen über London

in der französischen Kammer.

In der gestern nachmittag in der Kammer verlesenen Erklärung der französischen Regierung wurde von Herriot zunächst betont, daß der Hauptzweck des Sachverständigenplanes der gewesen sei, die Reparationsfrage vom politischen auf das wirtschaftliche Gebiet hinüberzuleiten und anstelle eines Strafsystems geeignete praktische Mittel zur Begleichung der deutschen Verpflichtungen zu setzen. Zu diesem Zwecke habe man die gemeinsame Aktionsbasis der Alliierten wieder hergestellt. Die französische Delegation habe die französische Handlungsfreiheit unablässig verteidigt für den Fall, daß eine Kollektivaktion nicht zustande kommen sollte. Eins von den Hauptelementen der Durchführung des Dawes-Planes sei die auswärtige Anleihe von 800 Millionen Goldmark. Wenn Frankreich 1924 und 1925 Sachlieferungen wolle, so müsse diese Anleihe Erfolg haben. Zu ihrer Ermöglichung sei von den Sachverständigen ein Zusammenrücken zwischen den Alliierten und Deutschland empfohlen worden, aus dem die politischen Vorbedingungen entstehen sollen, die die Geldgeber günstig stimmen. Heute könne man es ruhig aussprechen, daß der Zusammenbruch der Konferenz nicht ausgeschlossen erschien. Niemand bei den Alliierten werde es bestreiten, daß Frankreich durch seinen Vorschlag der Lösung sämtlicher Streitfragen auf schiedsrichterlicher Basis die gefährlichen Schwierigkeiten behob, ein Prinzip, das in Zukunft die internationalen Probleme beherrschen müsse, wenn nicht die Völker um jeden Preis den entsetzlichen Brauch des Krieges erhalten wollten. (Lebhafter Beifall links.) Die Regierung sei davon überzeugt, daß die schiedsrichterlichen Bestimmungen für das Interesse Frankreichs günstig seien. Es wäre wirklich zu viel Optimismus, wenn man glauben wollte, daß in Zukunft Frankreich in der Reparationskommission hätte Mehrheitsbeschlüsse durchsetzen können wie denjenigen, der den Einbruch ins Ruhrgebiet ermöglichte. In dem Maße, in dem man dem Kriege fernrücke, verschwinde die kriegerische Stimmung. (Widerspruch rechts und Zurufe: „Nicht in Deutschland!") Wolle man nicht Hirngespinnsten nachjagen, sondern Realitäten sichern, so könne man nicht umhin, der Arbeit der französischen Sachverständigen gerecht zu werden. Die Vorteile der getroffenen Schiedsverfahren seien für alle jene erkennbar, die die Reparationsfrage im Frieden und durch das Recht geregelt sehen wollen. Frankreich habe mit Absicht dem amerikanischen Bürger eine breite Rolle zugewiesen.

Bei der Besprechung der Räumung des Ruhrgebietes erklärte dann Herriot, es habe nicht von ihm und vielleicht auch nicht einmal von Macdonald abgehangen, diese aufreizende Frage beiseite zu lassen. Es sei der französischen Delegation jedoch sehr rasch klar geworden, daß die für die Durchführung des Dawes-Planes notwendige Vereinbarung unmöglich ohne befriedigende Lösung des Ruhrproblems zu verwirklichen war. Obwohl er sich geweigert habe, diese Frage auf das Programm der Londoner Konferenz setzen zu lassen, habe er dieses Problem doch nicht beiseite schieben können. Der französische Ministerrat habe dann eine Höchstfrist von einem Jahre beschlossen. Darüber hinausgehen hätte geheißen, den Abbruch der Konferenz zu riskieren. Man mußte wählen zwischen der Wiederherstellung der interalliierten Entente und der Aufrechterhaltung der isolierten Aktion. Er, Herriot, habe die Wahl getroffen, aber die ganze Angelegenheit bleibe in der Schwebe und das Parlament werde seinerseits seine Wahl treffen können. Bezüglich der Kölner Zone ist unter den Alliierten in London beschlossen worden, eine Räumung nicht ins Auge zu fassen, bevor Deutschland seinen Verpflichtungen aus dem Versailler Vertrage einschließlich der Abrüstung nachgekommen ist. Herriot erklärte dann weiter, daß über einen deutsch-französischen Handelsvertrag am 1. Oktober in Paris verhandelt werden soll, und schloß: Die Londoner Konferenz bedeutet unserer Ansicht nach nur die erste Etappe auf dem Wege zum wahren Frieden. Der Völkerbund hat das begonnene Werk weiter fortzusetzen.

Eine von dem Abgeordneten Bokanowski eingebrachte Tagesordnung des Inhalts, die Behandlung der Interpellationen über die Londoner Abmachungen zu vertagen, bis der Kammer die Beschlüsse der zuständigen Kommissionen zugegangen sind, wird, nachdem Herriot den Antrag energisch bekämpft und erklärt hatte, die Regierung wünsche, daß alle notwendigen Erklärungen von der Tribüne der Kammer vor den Ohren des Volkes abgegeben werden, mit 323 gegen 209 Stimmen abgelehnt.

*

Herriots Mehrheit gesichert.

Im Senat hat am Mittwoch der republikanisch-sozialistische Senator Lemery eine Interpellation eingebracht. Lemery beabsichtigt, den Nachweis zu erbringen, daß die Beschlüsse der Londoner Konferenz die logische Folge der vorbehaltlosen Annahme des Dawes-Planes durch Poincaré seien. Die Rechte des Senats ist von ungewöhnlicher Zurückhaltung. Sie hat bisher keine Interpellation eingebracht. Selbst in den Kreisen der Opposition gibt man bereits zu, daß Herriot in beiden Häusern auf eine mehr als ausreichende Mehrheit rechnen könne. In der Kammer gilt eine Majorität mit mindestens 320 Stimmen als gesichert. Im Senat dürfte sich die Opposition auf die dem Nationalen Block nahestehende äußerste Flügelgruppe beschränken.

Der Volkstag wahrt sein Recht.

Er fordert die Herausgabe der Akten zur Währungsfrage.

Danzig, den 22. August 1924. E. L.

Der Senat hatte in den letzten Wochen jede ordnungsgemäße Arbeit des Untersuchungsausschusses verhindert, indem er die Herausgabe der Akten über die Einführung der Danziger Währung verweigerte. Die sozialdemokratische Volkstagsfraktion, der an einer restlosen Aufklärung der Anklagen Jewelowskis lag, hatte deshalb die Entscheidung des Plenums angerufen. Noch in den letzten Tagen hatte der Senat alle Minen springen lassen, um die bürgerlichen Mittelparteien zu bewegen, den sozialdemokratischen Antrag abzulehnen. Zweifellos waren bei den Mittelparteien genügend Elemente vorhanden, die der Selbstdegradierung des Volkstages durch Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages zugestimmt hätten. Nach mehrstündiger Debatte wurde jedoch der sozialdemokratische Antrag mit 52 gegen 40 Stimmen, bei einer Stimmenthaltung, angenommen. Für ihn hatte die vollzählig versammelte Linke (selbst der seit mehreren Wochen schwererkrankte Gen. Rahn war erschienen) gestimmt, außerdem die Polen und einzelne Vertreter der Aba-Gruppe, der Deutsch-Danziger Volkspartei und der Deutschen Partei.

Der Senat und seine Volkstagstrabanten hatten noch in längeren Ausführungen versucht, den Volkstag zur Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages zu bewegen. Gen. Gehl hatte denselben in längeren Ausführungen begründet, wobei er treffende Vergleiche zwischen dem auch in Danzig durch die Verfassung verankerten parlamentarischen System und den wirklichen Demokratien England und Amerika zog. Dieser Vergleich fiel nicht zugunsten der Danziger Machthaber aus. Ebensowenig der Vergleich mit der Weimarer Verfassung, der die Danziger Verfassung zum großen Teil nachgebildet ist. Was demgegenüber der Senator Dr. Frank und der deutschnationale Abg. Bürgerle gegen den sozialdemokratischen Antrag vorbrachten, wirkte direkt lächerlich. Durch die Einsichtnahme in die Akten würden „wichtige Staatsgeheimnisse" gefährdet werden. Dabei hatte Gen. Gehl mit Recht darauf hingewiesen, daß die betreffenden Akten nicht nur den 22 Senatoren bekannt sind, sondern daß auch eine Anzahl von Beamten diese Akten kennen. Es war daher eine Verächtlichmachung der Volkstagsabgeordneten sondergleichen, daß ausgerechnet durch diese (wobei es sich auch nur um wenige Personen handeln sollte) wichtige Staatsgeheimnisse verraten werden könnten. Unwillkürlich wurde man bei dieser senatlichen Geheimniskrämerei an die Episode erinnert, die Graf Zedlitz in seinen Memoiren wiedergibt. Eines Tages kam er zur deutschen Botschaft in Rom. Hier wurde ihm unter dreifachem Siegel der Verschwiegenheit eine Tatsache mitgeteilt, und er gebeten, dieses „wichtige politische Geheimnis" dem österreichisch-ungarischen Botschafter zu übermitteln. Selbstverständlich sollte auch dieser das größte Stillschweigen über dieses Staatsgeheimnis bewahren. Als Zedlitz dem österreichischen Botschafter das Geheimnis dann übermittelte, brach dieser in unbändiges Gelächter aus. „Die deutschen Diplomaten sollten doch endlich die unnötige Geheimniskrämerei lassen. Was Sie mir unter dem Siegel der Verschwiegenheit als ein wichtiges Staatsgeheimnis mitteilen, hat schon gestern groß und breit in der römischen Presse gestanden." Uns dünkt, daß der Senat in der Aktenfrage die lächerlichen Bahnen der deutschen kaiserlichen Diplomatie wandelt.

Der Zentrumsabg. Kurowski hatte in seiner Rede zur sachlichen Erörterung der Angelegenheit gemahnt. Aber gerade sein Koalitionsgenosse, der deutschnationale Abg. Philipsen, der gern den Sozialistenfresser mimen möchte, in Wirklichkeit aber nur wie ein marktschreiender Clown wirkt, gefiel sich in den alten Verleumdungen gegen die Sozialdemokratie, wie der Dolchstoßlüge und ähnlichem deutschnationalen Agitationsschwindel, die mit der zur Beratung stehenden Sache absolut nichts zu tun hatten. In ähnlicher Art waren auch die Ausführungen des Kommunisten Raube, der wohl befürchtete, daß die sachlich scharfen Ausführungen der sozialdemokratischen Redner Gehl und Kamnitzer nicht ohne Eindruck auf die zahlreichen Kommunisten auf der Tribüne geblieben waren. Aus diesem Grunde sprach auch er nicht zur Sache und polemisierte nicht gegen Senat und Deutschnationale, sondern erging sich in den gemeinsten Beschimpfungen gegen die Sozialdemokraten. Gen. Man charakterisierte durch einen Zwischenruf treffend den revolutionären Heldenmut dieses Moskau-Jüngers: Wenn in früheren Jahren, zur Zeit der revolutionären Demonstrationen der Danziger Arbeiterschaft, die Sache irgendwo gefährlich zu werden begann, sei Raube immer schleunigst im Auto davongefahren.

Bei Beginn der Sitzung gab es noch ein heiteres Intermezzo. Wie der Präsident Treichel mitteilte, ist der Abg. Harnau von der Deutsch-Danziger Volkspartei zu den Deutsch-Sozialen übergetreten. Damit hat die Deutsch-Danziger Volkspartei ihre Fraktionsstärke, die sie vor einigen Monaten durch den Uebertritt des Deutschsozialen Maier erlangt hatte, wieder verloren und die Hakenkreuzler haben wieder Fraktionsstärke erlangt. Als Ursache des Uebertritts wurden politische Meinungsverschiedenheiten in der Deutsch-Danziger Volkspartei angegeben. Wenn man sich allerdings den Abg. Harnau näher ansieht, kann man

schwerlich glauben, daß er mit seinen bisherigen Fraktionsgenossen politische Meinungsverschiedenheiten gehabt haben soll. Dazu verstehen die meisten Mitglieder dieser famosen Partei viel zu wenig von der Politik. Es wurde denn auch im Volkstage erzählt, daß der Grund für den Uebertritt Harnaus Mißstimmung gegen den Fraktionsvorsitzenden Dr. Blavier gewesen sei, weil dieser Harnau aus den verschiedensten Ausschüssen, infolge verschiedener Großtaten, die nichts mit Verstand zu tun hatten, zurückgezogen habe. Da es aber für diese Ausschußsitzungen immerhin einige Gulden gibt, war die Empörung des Zurückgezogenen so groß, daß er sich an Blavier durch Uebertritt zu den Deutschsozialen rächen wollte. Mag diese Geschichte stimmen oder nicht, zweifellos wird durch solche Uebertrittskindereien das Ansehen des Parlaments aufs schwerste geschädigt. Uns kann es schließlich nur recht sein, wenn die bürgerlichen Parteien ihre parlamentarische Tätigkeit so auffassen, daß sie sich andauernd blamieren. Das dürfte einmal auch die bürgerlichen Wähler zur Besinnung bringen.

*

Die Rede des Gen. Gehl:

Die Mehrheit im Untersuchungsausschuß ist vom Senat oder einigen seiner Mitglieder dahin bearbeitet worden, entgegen der klaren Bestimmung des Artikels 19 unserer Verfassung einen Antrag der Antragsteller auf Herausgabe der Senatsakten betreffend die Danziger Währung zu verhindern. Dieser Fall zwingt meine politischen Freunde, an das Plenum des Hauses und den gesunden Menschenverstand zu appellieren. Sie erhoffen die Annahme ihres Antrages, wodurch die Rechtsbeugung und Diktatur des deutschnationalen Senats beseitigt wird. Daß dem Senat und seinen Hintermännern gerade dieser Untersuchungsausschuß außerordentlich unbequem ist, liegt auf der Hand. Er hat auch alle Ursache, die Arbeiten des Untersuchungsausschusses zu sabotieren. Diese bornierte und jeden Parlamentarier beleidigende Auffassung des Senats entspricht ganz der rückständigen Potsdamer Auffassung vom Gottesgnadentum und hat mit dem demokratischen Geist von Weimar nicht das geringste gemein. Dieser rückständige Geist von Potsdam, der sich auch hier in Danzig ganz besonders betätigt, machte uns früher in der ganzen Welt verhaßt.

Untersuchungsausschüsse in England und Amerika.

Die moderne demokratische Auffassung vom Staat kennt weder ein Gottesgnadentum noch irgendeine Diktatur irgendwelcher Potentaten oder Regierungen. In fast allen westeuropäischen Ländern ist sie vorherrschend. Nach den demokratischen Prinzipien wurden insbesondere Staaten wie England und die Vereinigten Staaten von Amerika aufgebaut, organisiert und geleitet. Das englische Königtum war von jeher liberal und unterschied sich dadurch vorteilhaft von dem Gottesgnadentum der Hohenzollern. Dort ist jede Regierung wie in jedem anderen demokratisch regierten Lande abhängig von dem Vertrauen der Mehrheit des Parlaments. Das dortige parlamentarische System und die englische Verfassung geben den Enquete-Kommissionen, also den Untersuchungsausschüssen, weitgehende Befugnisse gegen Regierung und Behörden. Die Protokolle dieser Enquete-Kommissionen werden in den Zeitungen veröffentlicht und die Leser aufgefordert, Material zur Unterstützung der Anklage liefern zu helfen. Die Akten der englischen Regierung stehen selbstverständlich den Enquete-Kommissionen ohne weiteres zur Verfügung. Ein Staatsgerichtshof entscheidet in schwierigen Fällen. Wird Anklage gegen einen Minister erhoben, so hat das Oberhaus das Recht, diesen Minister während der Untersuchung in Haft zu nehmen. In den Vereinigten Staaten von Amerika wurden wegen Mißbrauchs der Amtsgewalt in acht Fällen Staatsanklagen erhoben. In den Einzelstaaten waren bedeutend mehr.

Weitgehende Rechte in der Weimarer Verfassung.

Das Deutsche Reich war dagegen von jeher bis zum November 1918 ein halb absolutistischer Staat. „Mein Wille ist das oberste Gesetz!" Dieses Bekenntnis Wilhelms II. zur Diktatur beweist mehr, als alle Geschichtsschreiber beweisen können, den absolutistischen Charakter des Deutschland der Hohenzollern und ihrer Anbeter und Lakaien. Die Minister wurden von der Krone berufen und waren nur ihr verantwortlich. Der Reichstag war eine Versammlung von „Kerls", wie ihn der Ameronger zu bezeichnen pflegte. In Preußen und den Gemeinden bestand das Dreiklassenwahlrecht, an das die preußischen Junker mit großer Zähigkeit festhielten. Erst die deutsche Revolution vom November 1918 räumte damit gründlich auf. Die deutsche Nationalversammlung schuf 1919 eine Verfassung, in der demokratische Gedanken Aufnahme fanden, die die früheren Machthaber im Deutschen Reiche weit von sich wiesen. Der Reichsinnenminister Preuß räumte gründlich auf mit dem alten Plunder. Sein Verfassungsentwurf verlangte Untersuchungsausschüsse und enthielt auch eine Bestimmung, wonach der Reichstag berechtigt sein sollte, den Reichspräsidenten, den Reichskanzler und die Reichsminister vor einem Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich anzuklagen, falls sie schuldhafterweise die Reichsverfassung oder ein Reichsgesetz verletzt hätten. Artikel 55 seines Entwurfs lautet:

Der Reichstag hat das Recht und auf Antrag von einem Fünftel seiner Mitglieder die Verpflichtung, Untersuchungsausschüsse einzusetzen. Diese Ausschüsse erheben in öffentlicher Verhandlung die Beweise, die sie oder die Antragsteller für erforderlich erachten.

Alle Gerichte und Verwaltungsbehörden sind verpflichtet, dem Ersuchen dieser Ausschüsse um Beweiserhebung Folge zu leisten; die Akten der Behörden sind ihnen auf Verlangen vorzulegen.

Die Senatssabotage des Untersuchungsausschusses.

Die deutsche Reichsverfassung ist datiert vom 11. August 1919. Der Verfassungsentwurf des Oberbürgermeisters Sahm für die Freie Stadt Danzig erschien viel später. In diesem fehlten die deutschen Bestimmungen über die Untersuchungsausschüsse und die Möglichkeit einer Anklage von Regierungspersonen. Was bezweckte Sahm mit dieser Unterlassung? Es blieb dem sozialdemokratischen Verfassungsentwurf vorbehalten, diese Bestimmungen vorzuschlagen. Diese Bestimmungen wurden von dem vorläufigen Verfassungsausschuß trotz Widerspruchs der Deutschnationalen in den Verfassungsentwurf für die Danziger Verfassunggebende Versammlung aufgenommen. Bei der Beratung dieses Entwurfs in dem späteren Verfassungsausschuß setzten es die Deutschnationalen durch, daß die Bestimmung betreffend die Untersuchungsausschüsse in beiden Lesungen mit Mehrheit abgelehnt wurde. Bei der Beratung in der Vollversammlung gelang es jedoch durch Annahme eines einschränkenden Antrages des Abgeordneten Dr. Loening, das Attentat der Deutschnationalen auf die parlamentarischen Untersuchungsausschüsse zu verhindern. Es handelt sich um die Bestimmung betreffend die Gesetzlichkeit und Lauterkeit von Regierungs- oder Verwaltungsmaßnahmen. Damit hörte aber der Kampf der antidemokratischen Richtung in diesem Hause gegen die Untersuchungsausschüsse nicht auf. Jedesmal, wenn es galt, Untersuchungsausschüsse einzusetzen, verlangten die Deutschnationalen einen Beschluß des Volkstages, obwohl sie wissen mußten, daß dieses Verlangen dem Geist und der Fassung des Artikels 19 widerspricht. Wenn das Vorgehen der Deutschnationalen bisher erfolgreich zurückgeschlagen werden konnte, so nur deshalb, weil die bisherigen deutschnationalen Volkstagspräsidenten sich zu dieser von ihnen verlangten Verfassungsverbiegung nicht hergeben wollten und Untersuchungsausschüsse für eingesetzt erklärten, wenn die erforderliche Zahl von Abgeordneten ein derartiges Verlangen stellte. Eine erwünschte Gelegenheit glaubten die Deutschnationalen und ihr Anhang im Untersuchungsausschuß 1 gefunden zu haben bei Erörterung der von dem früheren Senator Jewelowski öffentlich erhobenen Beschuldigungen gegen den Senat bzw. einige Senatoren. Ihre Gegnerschaft gegen diesen Untersuchungsausschuß kam bei jeder Gelegenheit zum Vorschein. Den letzten Trumpf gegen die Wirksamkeit dieses Untersuchungsausschusses spielten sie jedoch erst auf Verlangen des Senats aus. Die Arbeit des Untersuchungsausschusses war ihm nämlich sehr unbequem. Die Aufdeckung des Panama bei Umwandlung der Westpreußischen Feuersozietät in die Danzig veranlaßte ihn, vorsichtig zu sein. Er wollte auf jeden Fall die Herausgabe von gewissen Akten verhindern und verschanzte sich hierbei hinter die Bestimmung der Verfassung betreffend die sinngemäße Anwendung der Strafprozeßordnung, die eine ganz andere Bedeutung hat, wie ich nachgewiesen habe. Einem Beschluß des Ausschusses, die Akten betreffend die Danziger Währung vom Senat einzufordern, widersetzte er sich nicht nur, sondern er tat noch ein übriges. Er berief die Regierungsparteien zu einer Sitzung und verlangte von ihnen die Verhinderung der Herausgabe der Akten, und so geschah es auch.

Es muß festgestellt werden, daß nicht einmal die Partei des Herrn Jewelowski soviel Rückgrat besaß, sich hinter ihn zu stellen und die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zu verlangen. Das blieb einzig und allein dem Reinlichkeitsgefühl der sozialdemokratischen Fraktion vorbehalten. Damit wollten meine politischen Freunde sich durchaus nicht der Sache Jewelowskis annehmen und seine Sache zu der ihrigen machen, sondern ihnen kam es besonders auf die Klarstellung der Beschuldigungen Jewelowskis an.

Die Vertreter meiner Fraktion sind dem Wunsche des Senats betreffend Geheimhaltung der Akten sehr weit entgegengekommen. Sie haben sich für dringende Vertraulichkeit der Verhandlungen erklärt und gingen an einer anderen Stelle im Aeltestenausschuß sogar noch weiter. Sie schlugen nämlich vor, die Auswahl der für die Oeffentlichkeit nicht bestimmten Akten einem kleinen Gremium, bestehend aus je einem Mitgliede der im Untersuchungsausschuß sitzenden Fraktionen gemeinsam mit dem Senat oder Senatsvertretern unter strengster Vertraulichkeit zu übertragen. Dieser Vorschlag fand keine Zustimmung auf der anderen Seite und wurde nicht einmal an den Senat weitergeleitet. Ein anderer Vorschlag, nur zwei Mitgliedern des Parlaments, und zwar einem Mitgliede der Regierungsparteien und einem Mitgliede der sozialdemokratischen Fraktion die Auswahl zu übertragen, wurde selbst von dem Allerweltspolitiker Dr. Eppich in Gemeinschaft mit den Senatsvertretern und den Vertretern der Deutschnationalen und des Zentrums abgelehnt. Dieses Verhalten des Senats und der maßgebenden Regierungsparteien findet in der parlamentarischen Geschichte kein Gegenstück. Man bedenke: Der Senat weigert sich, seine Akten herauszugeben, weil er für das Staatsinteresse fürchtet. Dabei wandern die Senatsakten im Regierungsgebäude von Hand zu Hand, jeder der 22 Senatoren hat die Möglichkeit, Einsicht in diese Akten zu nehmen, ein ganzes Heer von Beamten und Angestellten ist ebenfalls in der Lage, in die Akten Einsicht zu nehmen, nur einige Abgeordnete dürfen dies nicht, weil sonst das Staatsinteresse gefährdet werden könnte. Daß in diesem Vorgehen des Senats eine unerhörte Beleidigung des gesamten Volkstages bzw. einzelner Abgeordneter liegt, scheint ein gewisser Kreis von Abgeordneten nicht zu erkennen.

Die Oeffentlichkeit wird sich ihr Urteil über diese Haltung des Senats und seiner ihn stützenden Parteien in diesem Falle bilden. Sie wird sagen: Wenn der Senat nicht zwei Mitgliedern des Parlaments Einsicht in die Akten gestatten will — und es kann sich in diesem Falle doch nur um die Weigerung handeln, einem Mitgliede der Oppositionsparteien die Möglichkeit zu geben, die Akten kennen zu lernen —, so hat er eben etwas zu verschweigen, was ihn belasten würde, wenn es bekannt würde. Würden seine Handlungen makellos, lauter und gesetzlich sein, dann brauchte er die Einsicht in die Akten nicht zu fürchten, zumal strengste Vertraulichkeit zugesichert wurde. Der Antrag meiner politischen Freunde will dem Hause die Möglichkeit geben, den üblen Eindruck zu beseitigen, den sowohl die Senatshandlung wie die Handlung der Mehrheit des Ausschusses in diesem Falle in der Oeffentlichkeit hervorgerufen hat. Er will die Diktaturgelüste gewisser Kreise in diesem und dem gegenüberliegenden Hause unschädlich machen. Sollte der Antrag aber abgelehnt werden, so erbringt damit die Mehrheit in diesem Hause den Beweis, daß sie den modernen demokratischen Staatsgedanken ablehnt und dem alten reaktionären Geist von Potsdam huldigt. Die Bevölkerung wird daraus die richtigen Schlüsse ziehen.

Tagung des Völkerbundes.

Die fünfte Tagung des Völkerbundes ist nunmehr endgültig auf den 1. September festgesetzt. Auf der Tagesordnung steht u. a. die Prüfung des Rechenschaftsberichts des Völkerbundsrates, die Abrüstungsfrage und die Beratung der inzwischen fertiggestellten Kommissionsberichte über Opium- und Mädchenhandel.

Hakenkreuz-Rindvieh.

In dem Organ des Waldeckschen Landbundes stand dieser Tage das folgende heitere Inserat:

> **Hochtragendes**
> **Rind,**
> **angekörten**
> **Zuchtbullen,**
> beide schwarzbunt, guter Abstammung,
> verkauft **K. Kramer, Lelbach.**

Schwarzbunt ist noch nicht ganz schwarzweißrot. Aber zielbewußter deutsch-völkischer Züchtung wird ja auch das noch gelingen.

Zweibeiniges schwarz-weiß-rotes Rindvieh gibt es allerdings schon jetzt in Hülle und Fülle.

Arbeiterentlassungen in der ungarischen Industrie. Die staatliche Fabrik in Diosgyör hat von ihrem 6200 Köpfe betragenden Arbeiterbestand, wie aus Budapest gedrahtet wird, einen großen Teil entlassen. Weitere 2000 Arbeiter sollen in nächster Zeit entlassen werden. Die Fabrik arbeitet ständig mit einem großen Defizit, weil das Roheisen und die Kohle aus großen Entfernungen herbeigeführt werden müssen, und die Verwaltung mit großen Unkosten arbeitet.

Arbeiter als Erfinder.

Es gilt die Meinung, daß der möglichst sorgfältig ausgebildete Fachmann in seinem Fach der beste Erfinder sei. Aber auch einfache Handwerker und Arbeiter, schreibt F. M. Feldhaus in der „D. A. Z.", haben Großes als Erfinder in der Technik geleistet: Tagelöhner, Barbiere, Kellner, Glaser, Schuster, Schneider, Zimmerleute usw.

Ein einfacher Arbeiter namens Stone erdachte im Jahre 1815 den Schnittbrenner zur Gasbeleuchtung. Stephenson, der Vater der Eisenbahnlokomotive, war in seiner Jugend Kuhhirt und dann Dampfmaschinenheizer. Sein erster Tagelohn betrug etwa 20 Pfg. Mit 18 Jahren erst erlernte er das [illegible], und doch wurde er durch seine Erfindung einer der bedeutendsten Industriellen. Der Schlüsselringmacher Harrison in Birmingham fabrizierte um 1780 die ersten, von ihm selbständig erfundenen Stahlschreibfedern. Ein [illegible] Knopfmacher namens Pickard, ein Landsmann von Harrison, ließ sich am 23. August 1780 eine mit Kurbel und Planetenrad arbeitende rotierende Dampfmaschine patentieren. Selbst der geniale James Watt sah zu spät, daß diesem Knopfmacher mit der Anwendung der Kurbel bei der Dampfmaschine das Richtige gelungen war, und Watt mußte [illegible] das Feld räumen und für seine Dampfmaschinen einen anderen komplizierten Mechanismus — das Planetenrad — statt der Kurbel ersinnen. Wie hoch Watt den Gedanken jenes Knopfmachers einschätzte, geht aus seinen Worten hervor: „Der wirkliche Erfinder der Kurbel-Drehbewegung war der Mann — leider wurde er nicht [illegible] —, der zuerst die gewöhnliche Fußdrehbank erfunden hat." Dann setzte Watt [illegible] hinzu: „Sie auf die Dampfmaschine anzuwenden, war so viel, wie ein Messer zum Käseschneiden zu benutzen."

Der erste, von dem wir die Kurbel an der Drehbank kennen, der also nach Watts Meinung hätte [illegible] werden müssen, ist kein Geringerer als Leonardo da Vinci, der große Maler und Künstler, er skizzierte um 1500 eine Drehbank mit Kurbel, Pleuelstange und Schwungrad.

[illegible] den berühmten Erfinder der durch Wasserkraft betriebenen Spinnmaschine, Richard Arkwright, der nach mehreren Jahren durch seine Erfindung gewaltige Reichtümer und gar den Titel Sir erwarb. Sein Patent vom Jahre 1769 gab der englischen Baumwollindustrie einen ungeahnten Aufschwung. Der Kellner Koenig, der Erfinder der [illegible] Dampfmaschine, [illegible] „Im Strome der Zeit", welches [illegible]

die Lenoirsche Erfindung im Jahre 1860 erregte. Originalmaschinen von Lenoir werden in Paris aufbewahrt, und die erste nach Deutschland gekommene Lenoirsche Maschine besitzt das Gasmotoren-Museum der Gasmotorenfabrik in Deutz. Der Lehrling eines Spiegelmachers wurde nach Ueberwindung großer Schwierigkeiten einer der erfindungsreichsten Optiker: Fraunhofer. Seine großen Verdienste um die Entwicklung der deutschen Optik brachten ihm den Titel Professor und den Adel ein.

Der Schneider Thimonnier vollendete 1829 nach achtjährigem mühevollem Vorarbeiten eine Kettenstich-Nähmaschine. Es gelang ihm, in Frankreich, in Amerika und in England Patente zu erlangen und 80 seiner aus Holz gefertigten Maschinen wurden in Paris in einem Militärbekleidungsamt verwendet. Seine erste Nähmaschine wird jetzt im Louvre aufbewahrt. In Kufstein hat der Schneidermeister Madersperger ein Denkmal, weil er sich gleichfalls lange um die Schaffung einer brauchbaren Nähmaschine bemühte. Seine 1839 vollendetes Modell enthielt bereits den Unterfaden in einem Schiffchen, und der Oberfaden ging durch ein Öhr, das nahe der Nadelspitze lag. Der Tuchmacher [illegible] aus Kolberg ist der Erfinder des Seilschießens zur Rettung Schiffbrüchiger. Seine Erfindung scheiterte an der Gleichgültigkeit der zur Prüfung bestellten Offiziere, die eine solche Einrichtung „nur nicht praktikabel" fanden. Der Baumwollspinner Staudt erfand 1819 das bekannte Sicherheitsschloß, in dem mehrere Hebel nebeneinander liegen. Die Zahl dieser Hebel entspricht der Zahl der Absätze am Schlüsselbart. Erst wenn alle Hebel von den Absätzen am Schlüsselbart in eine bestimmte Lage gebracht sind, werden die Durchlaßschlitze der Hebel genau übereinander, so daß die Falle des Schlosses ausweichen kann. Keller, ein Weber, d. h. ein Mann, der die Weberkämme anfertigt, [illegible] so weit ab, daß er im Jahre 1844 das erste brauchbare Holzpapier erfand. Kellers Leben ist eine Kette von Mißhelligkeiten. Obwohl ihm die ersten Papierproben gut gelungen und er am 26. August 1845 in Sachsen und bald auch in allen Ländern seine Erfindung patentiert bekam, blieb Keller in Geldnot. Er mußte seine Erfindung schon 1846 an Völter verkaufen. Als die deutsche Holzpapierindustrie in hoher Blüte stand, erinnerte man sich 1870 des armen Erfinders, [illegible] ein Kapital und zahlte ihm eine monatliche Rente von 20 Mark aus.

Von den Zimmerleuten möchte ich zwei erfinderische Köpfe nennen: Franz Dinnendahl und August Borsig. Dinnendahl hatte in seiner Jugend nichts anderes als das Schweinehüten gelernt und arbeitete sich aus eigener Kraft zum Zimmermann empor. Im Jahre 1801 begann er auf eigene Faust den Bau einer Dampfmaschine. Da er keinen Schmied in der Gegend finden konnte, arbeitete er über 18 Monate lang selbst am Feuer und schmiedete die ganze Maschine von Hand. Da er niemanden fand, der den Zylinder ausbohrte, mußte er eine Zylinderbohrmaschine erfinden, obwohl er niemals eine solche gesehen hatte. Borsig, der spätere Berliner Großindustrielle, verbrachte seine Lehre bei einem Zimmermann, und war als solcher praktisch tätig. 1835 machte er sich als Maschinenbauer in Berlin selbständig, und schon 1841 lieferte er die erste Lokomotive ab. Peter Mitterhofer, ein Zimmermann, erfand 1864 eine Schreibmaschine, die ihm in Oesterreich patentiert wurde. Es gelang ihm nicht, mit seiner Erfindung durchzudringen, aber er besaß Humor genug, seine Erfindung in einem launigen Gedicht zu beschreiben. Es beginnt mit den Worten:

> „Schreibmaschinen danken richtig
> ihren Ursprung in Meran,
> Achtzehnhundert vier und sechzig
> fann sie da ein Zimmermann."

In einem Gutachten des Wiener Polytechnikums vom Jahre 1867 wird der Mitterhoferschen Erfindung entgegengehalten, „daß eine eigentliche Anwendung dieses Apparates nicht wohl zu erwarten stehe, indem . . . eine nicht geringe und fortgesetzte Uebung erforderlich ist."

Eins war allen diesen Leuten gemeinsam. Der Wille und die Fähigkeit, klar die Mängel ihrer Umgebung zu beobachten und zäh deren Verbesserung durchzusetzen.

Eine Schlittenreise von 6000 Kilometer. Der dänische Forschungsreisende Dr. Lauge Koch hat gelegentlich einer Expedition zur kartographischen Aufnahme der noch unbekannten Teile der grönländischen Küste die längste Schlittenreise gemacht, die je bekannt geworden ist. Die gefährliche Reise führte über nahezu 6000 Kilometer quer über Eisfelder und das gefürchtete Eiskap und nahm 200 Tage in Anspruch. Die Expedition bestand aus 18 Schlitten, 200 Hunden und ein paar Eskimos. Dr. Koch war der einzige Europäer bei der Expedition. Menschen und Hunde hatten entsetzlich unter der Kälte zu leiden, und auf dem Heimweg gingen überdies auch die Lebensmittel aus. Alle Hunde, bis auf 10 krepierte, wurden gegessen. Die Eskimos hatten außerdem unter allerlei Krankheiten zu leiden. Trotzdem wurde der Zweck der Kartenaufnahme völlig erreicht, und es wurden wertvolle wissenschaftliche Entdeckungen gemacht. Dr. Koch bringt etwa 2000 geologische Fundstücke nach Hause, einschließlich fossiler Tiere aus frühen geologischen Perioden.

Die Herausgabe der Währungsakten.

Die Verfassung wiederhergestellt. — Der Hafenarbeiterstreik im Volkstag. — Skandalszenen.

In der gestrigen Sitzung des Volkstages teilte der Präsident zunächst mit, daß der Abg. Harnau aus der Deutsch-Danziger Volkspartei ausgetreten und zur deutschsozialen Fraktion übergetreten ist. Sodann wurden in allen drei Lesungen die Gesetzentwürfe des Senats über den Beitritt der Freien Stadt Danzig zu der Pariser Uebereinkunft zum Schutze der für die Landwirtschaft nützlichen Vögel, sowie eines Bausperrgesetzes angenommen.

Hierauf schritt der Volkstag zur Beratung des sozialdemokratisch. Antrages betr. Vorlage der Akten über die Danziger Währung. Abg. Gen. Gehl begründete in längerer Rede diesen Antrag. Wir geben an anderer Stelle diese Rede wieder. Senator Dr. Frank erklärte, daß aus verfassungsrechtlichen Gründen der Volkstag gar nicht in der Lage sei, über den Antrag der sozialdemokratischen Fraktion Beschluß zu fassen, da er in die Selbständigkeit der Untersuchungsausschüsse eingreife. (Widerspruch.) Der Senat wäre bereit, alles zur Klarstellung zu tun, jedoch könnte er nicht alle Schriftstücke vorlegen, da das Bekanntwerden mancher Schreiben dem Staate großen Schaden bereiten würde. Es wären dies Briefe vertraulicher Art, welche dem Senat von Dritten während der Beratung der Währungsfrage zugingen. Redner legt dann den Artikel 19 der Verfassung so aus, daß sich alle Fragen nach der Strafprozeßordnung richten, somit könnte auch der Senat bei Gefährdung von Staatsinteressen die Vorlage von Akten verweigern. Der Senat bleibt auch auf seinem Standpunkt bestehen, einem Unterausschuß diese Akten zur vertraulichen Behandlung nicht auszuhändigen, da die Weitergebung von Schreiben auch an einige wenige Personen die Vertraulichkeit verletzen würde.

Abg. Bürgerle (Dntl.) gab das wieder, was bereits schon der Senator ihm vorerzählt hatte. Nach seiner Ansicht ist der sozialdemokratische Antrag verfassungs- und geschäftsordnungswidrig. Der Volkstag hätte kein Recht, hierin Beschlüsse zu fassen. Mit allerlei Kohl versuchte er seinen Standpunkt zu begründen, was ihm den Zwischenruf einbrachte: „Sie haben wirklich Talent zum Landgerichtsdirektor.“

Abg. Raube (K.) polemisierte gegen die Sozialdemokratie, weil diese sich so sehr auf das demokratische Prinzip versteife. Die Sozialdemokratische Partei wolle durch diesen Antrag nur erreichen, daß eine andere Koalition geschaffen werde, damit sie in der Regierung Aufnahme fände. Während seiner Polemik wurde ihm jedoch zugerufen, daß er immer weggelaufen sei, wenn etwas los war. Die Deutschnationalen wollen wissen, was Raube in Thorn gemacht habe, auf welches Thema der Redner ein andermal eingehen wird.

Abg. Kurowski (Ztr.) hält den sozialdemokratischen Antrag für formal unzulässig. In seinen Ausführungen behauptete er aber über die Stellungnahme des Untersuchungsausschusses zur Frage der Herausgabe der Währungsakten gerade das Gegenteil von dem, was sein Blockfreund Bürgerle erklärt hatte.

Abg. Hohnfeldt (Dntl.) redete viel von der Politik der Moral. Der vorliegende Antrag solle den Staat zu einer unmoralischen Handlungsweise zwingen. Er schimpfte viel gegen die Juden, besonders gegen Jewelowski, bringt aber sonst Wesentliches nicht vor.

Abg. Gen. Dr. Kamnitzer

erklärt, daß es sich bei dem Antrage nur um die Frage handelt: Will das Parlament die Verfassung schützen? Der Senatsvertreter wie die Vertreter der Deutschnationalen und der Zentrumspartei hätten einen juristischen Eiertanz aufgeführt. Der Artikel 19 der Verfassung sei klar. Die Untersuchungsausschüsse müßen die Beweise erheben, welche die Antragsteller für notwendig erachten. Ueber dem Untersuchungsausschuß stehe das Plenum, da ja auch dieses Beschluß über das Ergebnis der Beratungen des Untersuchungsausschusses zu fassen hat. Somit hat das Plenum ein Recht, Beschlüsse des Untersuchungsausschusses zu korrigieren. Die Strafprozeßordnung solle sinngemäße Anwendung finden, nicht eine unsinnige. Nachdem schon soviel Senatoren, Beamte, Boten und schließlich auch Scheuerfrauen die Währungsakten gesehen hätten, sei es um so merkwürdiger, daß der Senat die Akten dem Parlament nie vorlegen werde. Bei der Beschlußfassung über den Antrag handelt es sich um die Frage: Verkappte Diktatur oder freie Republik? Mit dieser Frage stehe und falle der Freistaat.

Abg. Philipsen (Dntl.) bemerkt, daß er wieder etwas Ruhe in die Debatte bringen wolle, verteidigte jedoch nur den kriegerischen Geist von Potsdam, so daß eine solche Unruhe entstand, daß der Redner sich nicht verständlich machen konnte.

Bei der hierauf vorgenommenen namentlichen Abstimmung wurde der sozialdemokratische Antrag mit 52 gegen 29 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen.

Fort mit Dr. Alter als Demobilmachungskommissar.

Zur Verhandlung kommt nunmehr die Große Anfrage der Sozialdemokratischen Fraktion über die Tätigkeit der zwei Demobilmachungskommissare. Abg. Gen. Rehberg bringt zum Ausdruck, daß der Demobilmachungskommissar Dr. Alter sich geweigert habe, Schiedssprüche für verbindlich zu erklären. Man habe Dr. Alter, von dem man wußte, daß er ziemlich rückständig sei, extra für diesen Posten ausgesucht. Redner beschwert sich über die langsame Tätigkeit dieses Demobilmachungskommissars. Am 24. April habe die Landarbeiterorganisation einen Antrag gestellt, einen Schiedsspruch für verbindlich zu erklären. Am 2. Juni sei vom Demobilmachungskommissar die Antwort geschrieben worden, jedoch sei dieselbe erst einen Monat später in den Besitz des Antragstellers gelangt. Ein gleicher Antrag, einen Schiedsspruch für die Zuckerfabriken für verbindlich zu erklären, sei erst nach vier Wochen von Dr. Alter mit der Begründung abgelehnt worden, daß die Zuckerfabriken nicht in der Lage seien, die durch Schiedsspruch festgelegten Löhne zu zahlen. Wer die Wirtschaftsweise der Zuckerfabriken kenne, werde wissen, daß diese den geforderten Stundenlohn von 53 Pfennig sehr wohl zahlen konnten. In einer anderen Frage habe sich Dr. Alter am Viertisch bei den Arbeitgebern erkundigt, ob sie leistungsfähig wären, Schiedsspruchlöhne zu bezahlen. Dr. Alter habe es auch abgelehnt, den Landbund zum Abschluß eines Tarifvertrages mit den Landarbeitern anzuhalten, und zwar mit der Begründung, daß der Landbund behauptet habe, daß in seinem Statut eine Bestimmung enthalten sei, wonach der Abschluß eines Tarifvertrages ausgeschlossen sei. Dr. Alter habe es unterlassen, die Sache eingehend zu untersuchen. Der Senat trage die Schuld, wenn es zu Wirtschaftunfrieden komme.

Senator Runge bemerkt, daß der Demobilmachungskommissar keine physische Person, sondern eine Behörde darstelle. Dr. Alter hätte lediglich die Aufgabe, die Angelegenheit von Verbindlichkeitserklärungen zu bearbeiten. Die Arbeitgeberverbände hätten das Recht, in ihren Satzungen Bestimmungen aufzunehmen, daß sie sich nicht zum Abschluß von Tarifverträgen bereit erklären. Es sei zweifelhaft, ob der Rechtsstandpunkt des Dr. Alter in den geschilderten Angelegenheiten richtig sei, doch könne der Senat nicht eingreifen und den Demobilmachungskommissar anweisen, seinen Beschluß zu korrigieren. Der Demobilmachungskommissar sei eine richterliche Behörde und den Anweisungen des Senats nicht unterworfen. Ueber die Geschäftsführung des Demobilmachungskommissars sei jedoch Beschwerde an den Senat zulässig.

Abg. Gen. Spill weist darauf hin, daß einst der Abschluß von Kollektivverträgen von Arbeitgebern und Behörden begrüßt würde. Durch diese Kollektivverträge seien die wirtschaftlichen Streitigkeiten dezimiert worden. Mit der Gewalt, welche dem Demobilmachungskommissar in die Hand gegeben worden sei, seien die Arbeitnehmer nicht zufrieden. Wenn der Demobilmachungskommissar die wirtschaftlichen Streitigkeiten zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer vier bis sechs Wochen hinausschleppe, dann zeige er, daß er von den Bedürfnissen der Wirtschaft keine Kenntnis habe. Für diesen Posten eines Demobilmachungskommissars komme nicht ein Paragraphenmensch in Betracht, da dieser die ganze Wirtschaft zerschlagen könnte, sondern eine Person, die Verständnis für die Wirtschaft habe. Es sei gleichgültig, ob in einer Satzung einer Arbeitgebervereinigung eine Bestimmung vorhanden ist, wonach die Organisation sich nicht zum Abschluß von Tarifverträgen bereiterklärt, sondern es sei die Frage zu klären, ob es sich um eine wirtschaftliche Vereinigung handle oder nicht. Wirtschaftliche Organisationen sind nach den in Danzig noch geltenden Demobilmachungsbestimmungen verpflichtet, Tarifverträge abzuschließen. Wenn die Dinge so weiter laufen, sollte man sich bei der jetzigen sehr nervösen Zeit der schärfsten Wirtschaftskrise nicht wundern, wenn die Dinge anders laufen.

Abg. Gaikowski (Ztr.) gibt einen Ueberblick über die Entwickelung des Arbeitsrechts. Eine Person könnte nur als Demobilmachungskommissar segensreich wirken, welche das Wirtschaftsleben kenne. Nicht befähigte Personen könnten andererseits viel Schaden anrichten und die Wirtschaft ruinieren. Redner bemerkt, daß in Danzig in dieser Beziehung vieles faul sei und kritisiert die Tätigkeit des Demobilmachungskommissars im Falle der Firma Schichau, wo derselbe nach vier Monaten den Antrag auf Verbindlichkeitserklärung eines Schiedsspruches ablehnte.

Abg. Mayen (D.-Natl.) erklärte, daß die christlich-nationale Arbeiterschaft die Tätigkeit des Demobilmachungskommissars mit Befremden verfolge. Dieser Herr hätte mit einem Federstrich langjährige Errungenschaften der Arbeitnehmer vernichtet. Dr. Alter sei nicht der befähigte Mensch. Nicht das Kapital sollte lediglich maßgebend für den Demobilmachungskommissar sein, das Blut der Wirtschaft stellten die Arbeitnehmer dar. (Zuruf: Das ist der Rest seiner Vergangenheit.)

Abg. Gen. Gehl stellt in einer Geschäftsordnungsdebatte die seltene Einmütigkeit in der Verurteilung der Maßnahmen des Demobilmachungskommissars von rechts bis links fest und beantragt die Angelegenheit dem Ausschuß für soziale Angelegenheiten zur weiteren Behandlung zu überweisen, welcher Antrag angenommen wurde.

Der Hafenarbeiterstreik vor dem Volkstag.

Die kommunistische Fraktion hatte einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, in welchem gefordert wurde, daß jede Beschränkung des Koalitionsrechts der Hafenarbeiter aufgehoben werden sollte. Die Technische Nothilfe soll aufgelöst und die Leitung der Schupo angewiesen werden, sich jeden Eingriffes in das Koalitionsrecht der Hafenarbeiter zu enthalten. Die bürgerlichen Parteien hatten sich gegen die sofortige Behandlung des Antrages gesträubt, jedoch ihren Widerstand aufgegeben, sodaß der Antrag noch gestern zur Debatte kam. Es war bemerkenswert, daß die Abgeordneten Gaikowski und Mayen, die kurz vorher noch solche radikalen Töne fanden, bei der Beratung dieses Punktes verschwunden waren. Auch der Senat hatte sich gedrückt, sodaß der Abgeordnete Raube den Antrag stellte, nachdem die Frau Abg. Kreft den kommunistischen Antrag begründet hatte, den zuständigen Senator herbeizuholen. Die Abstimmung über diesen Antrag mußte mittels Hammelsprunges erfolgen, wobei die bürgerlichen Parteien sich der Abstimmung enthielten, sodaß das Haus wegen Beschlußunfähigkeit vertagt werden mußte. Aus den Ausführungen der Frau Abg. Kreft ist hervorzuheben, daß die Streikbrecher, Technische Nothilfe, täglich 20 Gulden Arbeitslohn erhalten, während die Hafenarbeiter nur einen Lohn von 10,20 Gld. hatten. Rednerin schilderte, wie eine Anzahl von Hafenarbeiterfrauen sich zum Senat begaben und eine Abgeordnete dabei verhaftet wurde. Als diese sich bei ihrer Verhaftung auf die Immunität der Abgeordneten berief, sei von dem Schupobeamten geantwortet worden: Ich sich ..... auf die Immunität.

Das Haus vertagte sich hierauf auf heute nachmittag, wo dieser Antrag weiter beraten werden soll, sowie der kommunistische Antrag wegen Vergehungen des Landjägers Zaikowski.

Danziger Noten über 500 und 1000 Gulden. Die Bank von Danzig gibt am 21. August Banknoten über die oben bezeichneten Stücke in den Verkehr. Die Vorderseite der 500-Guldennote, die in Grün gedruckt ist, zeigt in der Mitte das Zeughaus von der Jopengasse aus gesehen, links von dem Bilde ist, von den Löwen gehalten, das Wappen der Freien Stadt Danzig gedruckt, rechts von dem Bilde befindet sich ein großer, runder, freier Raum mit dem Wasserzeichen, eine stilisierte Maske nach einer Holzschnitzerei im Artushof. Auf der Rückseite der Note ist rechts der Neptun des Brunnens vor dem Artushof eingraviert. Die Vorderseite der 1000-Guldennote, die in Rot gedruckt ist, zeigt in er Mitte das Rathaus vom Langen Markt aus gesehen; das Wappen, das Wasserzeichen und der Neptunbrunnen sind in derselben Form wie auf der 500-Guldennote eingraviert. Beide Noten tragen das Datum vom 10. Februar 1924.

Unfall mit tödlichem Ausgang. Am Dienstag wurden von einer Firma auf dem Grundstück der Stettiner Spritwerke in Neufahrwasser Schweißarbeiten an leeren Spritfässern ausgeführt. Die Ausführenden waren der Kupferschmied Artur Gorczyczewski, Baumgartsche Gasse 16, und der Kupferschmiedelehrling Bruno Schiewick, St.-Katharinen-Kirchensteig 13/14. Um die schadhaften Stellen der Fässer zu ermitteln, wurden dieselben mittels Sauerstoffgebläse von dem G. gereinigt bezw. getrocknet. Schiewick reinigte mit einem Eisenstabblatt die zu schweißenden Stellen des Fasses. Bei den Arbeiten det[illegible] infolge der starken Hitze des Sauerstoffgebläses, d[illegible] daß noch vorhandenen Spritgase. Der Boden [illegible] wurde vom Fabrikabgerissen und schlug dem Sch[illegible] rechte Gesichtshälfte, wobei diese zertrümmert [illegible] der Tod sofort eintrat. Da scheinbar Fahrlä[illegible], wurde Gorczyczewski zur weiteren Vera[illegible] Kriminalpolizei zugeführt.

Von der Danziger Messe.

Die Eröffnung der Messe wird am Donnerstag, den 2. Oktober, vormittags durch einen kleinen würdigen Akt vor dem Hauptmessehause „Danzig“ (Petri-Schule) stattfinden, unter Beteiligung der hiesigen Behörden, Konsulatsvertreter und der Repräsentanten der wirtschaftlichen Verbände. Am Abend des 1. Messetages gibt die Messeleitung einen festlichen Empfang im Danziger Ratskeller.

Wohnhäuser als Messeartikel. Nach Mitteilungen der Messeleitung hat die Wohnungsnot erfinderisch gemacht und wird die Danziger Messe um einen weiteren beachtenswerten Messeartikel bereichern. Die Dikos-Aktiengesellschaft hat einen großen Platz gemietet, auf dem sie eine kleine Villa aufbaut. Die Villa wird aus 6 Zimmern bestehen, die vollständig eingerichtet werden. Diese kleinen Häuschen können in großer Anzahl und in ganz kurzer Zeit gebaut werden. Sie werden sicher auf der Danziger Messe großes Interesse finden.

Die Eintrittspreise der Messe. Die Messeleitung hat beschlossen, für den Besuch der Messe Dauerkarten zum Preise von 5 Gulden und Tageskarten zum Preise von 2 Gulden auszugeben. Die Tageskarten berechtigen zum Besuch aller Messehäuser am Tage der Lösung, während die Dauerkarten an allen 4 Messetagen Gültigkeit haben. Die Dauerkarten werden in Form eines kleinen Heftchens herausgegeben, das speziell für die auswärtigen Besucher Informationsmaterial enthalten soll, ein Verzeichnis der hiesigen Konsulate, der besten Eisenbahn-, Schiffahrts- und Flugzeugverbindungen nach Ost und West, ein Verzeichnis der Danziger Behörden usw. Von der erstmaligen Ausgabe eines Messezeichens, wie es bei der 1. Messe zur Verwendung gekommen ist, wird die Messeleitung für dieses Mal Abstand nehmen.

Die fortgejagte Schupo.

Als im Frühjahr die Hochwassergefahr für die Niederung bestand, wurde ein Hauptmann mit zehn Mann der Schutzpolizei nach Letzkau geschickt, die dort eine Funkstation aufrichten sollten. Der Amtsvorsteher quartierte das Kommando bei dem Gutsbesitzer Hannemann in Letzkau ein. Er machte ihnen vor der Pferdekrippe im Pferdestall ein Strohlager. Am nächsten Morgen um 4 Uhr war ihm die Einquartierung an dieser Stelle im Wege. Sie sollte deshalb aufstehen. Er sagte: „Die Gesellschaft müßte man mit den Hunden vom Hofe jagen und den Deichhauptmann müßte man an die Kette legen.“ Die Einquartierung mußte schließlich aufstehen und ihr Quartier verlassen. Hannemann wurde vom Schöffengericht wegen Beleidigung der Schutzpolizisten zu 100 Gulden Geldstrafe verurteilt. Gegen dieses Urteil legte er Berufung ein und die Sache kam nochmals zur Verhandlung. Der Vorsitzende wies den Angeklagten darauf hin, daß es sich für ihn wohl empfehlen dürfte, die Berufung zurückzunehmen. Der Amtsanwalt habe gleichfalls Berufung eingelegt und die Strafe könnte leicht erheblich höher ausfallen. Der Angeklagte blieb aber dabei, daß er freigesprochen werden wolle. Eine höhere Strafe würde ihn auch nicht vom Hofe jagen. Hannemann hatte wohlverdientes Glück, denn das Gericht erhöhte die Strafe von 100 auf 1000 Gulden.

Danziger Amerikapost mit dem Zeppelin. Das vom Luftschiffbau Zeppelin erbaute Luftschiff Z. R. 3 wird voraussichtlich Ende August seine Ueberführungsfahrt von Friedrichshafen nach Amerika antreten, wo es in den Vereinigten Staaten von Amerika in Lakehurst (Staat New Jersey) landen wird. Es wird nach Amerika neben deutscher Post auch eine ganz beschränkte Menge Danziger Briefpost mitnehmen. Zu dieser außergewöhnlichen Postbeförderung sind nur gewöhnliche Briefe bis zu 20 Gramm und Postkarten (keine Einschreibsendungen) zugelassen. Als Gesamtgebühr sind im voraus zu entrichten für Briefe 1,50 Gulden und für Postkarten 75 Pfennig. Die Sendungen müssen den in die Augen fallenden Vermerk „mit Luftschiff Z. R. 3 ab Friedrichshafen“ tragen. Es empfiehlt sich, außerdem auch einen grünen Zettel „Mit Luftpost“ aufzukleben. Eine Gewähr dafür, daß die Sendungen auf keine andere Weise als durch das Luftschiff nach Amerika befördert werden, übernimmt die Postverwaltung nicht. Nähere Auskunft wird an den Postschaltern erteilt.

Erfolg eines Polizeihundes. Einem Schuhmacher in Langfuhr, Marienweg, waren aus seiner Wohnung 123 Gulden gestohlen worden. Der der Schutzpolizei gehörige Suchhund „Faust“ wurde auf die vorhandene Spur gesetzt. Der Hund nahm Witterung und führte den Beamten eine Treppe höher in die Wohnung einer Frau B. Hier verbellte er den Schlosserlehrling H. B., der auch zugab, den Diebstahl allein ausgeführt zu haben. 90 Gulden konnten dem Bestohlenen zurückerstattet werden, den Rest hatte B. in Brösen verjubelt. Er wurde ins Polizeigefängnis eingeliefert.

Das Kriegerdenkmal in Bürgerwiesen ist in der Nacht von Mittwoch zu Donnerstag mit Sowjetsternen und der Aufschrift: „Steine statt Brot“ bemalt worden. Es sind hierzu Mennige, rote Oelfarbe und Schablonen benutzt worden. Die bisherigen Ermittlungen der Danziger Kriminalpolizei sollen ergeben haben, daß die Tat wahrscheinlich von der Kommunistischen Partei bezw. deren Anhängern ausgegangen ist. Für die Ermittlung der Täter ist eine beträchtliche Belohnung in Aussicht gestellt.

Unbefugter Likörverkauf. Der Kaufmann A. verkaufte große und kleine Schokoladenflaschen mit Likör gefüllt, obwohl er nicht die Genehmigung zum Verkauf von Spirituosen hatte. Das Schöffengericht verurteilte ihn zu einer Geldstrafe von 15 Gulden.

Sittlichkeitsverbrechen. Der Tapezierer Paul Simson in Danzig hatte sich vor der Strafkammer wegen eines Sittlichkeitsverbrechens zu verantworten, das er an einer Schülerin beging. Das Gericht verurteilte ihn zu 2 Jahren Zuchthaus und 4 Jahren Ehrverlust.

Unfall auf der Danziger Werft. Gestern vormittag verunglückte der Tischler Braun auf der Danziger Werft dadurch, daß er mit der linken Hand in die Fräsmaschine geriet, wodurch ihm vier Finger schwer verletzt wurden. B. wurde sofort in das Städt. Krankenhaus gebracht.

M. Finkes „Schwankende Weltkugel“, den Besuchern des Danziger Dominiks bestens bekannt, findet vom kommenden Sonntag an Aufstellung im Brösener Kurhausgarten, wie aus dem heutigen Anzeigenteil der „Danziger Volksstimme“ zu ersehen ist.

Geschäftliches. Das Geschäftslokal des Berliner Konfektions-Vertriebs befindet sich jetzt Lange Brücke 32, am Krautor. Wie aus der gestrigen Anzeige ersichtlich, wird der Inhaber wie bisher bestrebt sein, der Kundschaft Gutes preiswert und billig zu bieten.

Danziger Standesamt vom 22. August.

Todesfälle: Ehefrau Hedwig Behrendt geb. Rozcynialski, 32 J. 8 M. — Expedient Wilhelm Scheffler, 17 J. 11 M. — T. d. Metalldrehers Max Kahnwald, 1 J. 7 M. — T. d. Amtsgehilfen August Palmowski, 10 Min. — Witwe Helene Georgens geb. Stein, 59 J. 3 M. — Fabrikbesitzer Georg Gaebler, 68 J. 10 M. — T. d. Arbeiters Walter G[illegible]rich, 7 W. — Unehelich: 1 [illegible]

Aus dem Osten

Neustadt. Japanische Waisenkinder. Ein Leser des „Krakauer Czas“ schildert den eigentümlichen Eindruck, den in Neustadt eine Schar japanischer Waisenkinder auf ihn gemacht hatte. Es sind dies Kinder beiderlei Geschlechts unter zehn Jahren, die in Rußland und Sibirien vom polnischen Hilfskomitee als Vermächtnis von im Kampfe gegen die Bolschewisten gefallenen japanischen Offizieren gesammelt und über Japan nach der nordpommerellischen Stadt gebracht wurden, wo es ihnen offenbar gefällt. In ihrer Erinnerung haften noch einige heimische Volkslieder, die aber langsam ihrem Gedächtnis entschwinden. So sangen sie bei ihre Ankunft mit Inbrunst ein japanisches Totenlied, das sie heute bereits vergessen haben. Auf Spaziergängen und beim Beerenlesen im Wald hört man oft japanische Worte.

Königsberg. Abbau bei der Eisenbahn. In den letzten Tagen wurde in Ostpreußen 600 Eisenbahnern die Kündigung zum 1. September zugestellt. In Königsberg allein beträgt die Zahl der auf die Straße Geworfenen 200. Neue Entlassungen stehen bevor.

Tapiau. Aus der Haft entlassen. Zu dem Vorfall in dem Tapiauer Gerichtsgebäude, der sich am 24. Juli ereignete, wobei der Viehhändler Otto Budweg von seinem Schwiegersohn erschossen wurde, ist zu berichten, daß dieser aus der Untersuchungshaft entlassen worden ist, da sich herausgestellt hat, daß sich der Schwiegersohn unzweifelhaft in Notwehr befunden hat.

Tilsit. Der „Deutsche Tag“ verboten. Am 23. und 24. August sollte in Tilsit ein sogenannter „Ostpreußentag“ abgehalten werden — der, man kennt die Melodie — als überparteiliche Veranstaltung ausposaunt war. Der preußische Minister hat sich jedoch nicht betören lassen und für diese unangebrachte Veranstaltung keine Ausnahme von dem allgemein bestehenden Verbot öffentlicher Versammlungen und Umzüge unter freiem Himmel zugelassen.

Kolberg. Der Besuch in den Ostseebädern. Kolberg hatte Ende Juli nur 6055 Kurgäste gegen 25 091 im Jahre 1914 und 30 230 im Sommer 1913. — Swinemünde, das im Jahre 1914 28 0006 Kurgäste verzeichnete und 1913 gar 40 247 Fremde bei sich sah, konnte Ende Juli nur 15 577 Kurgäste aufweisen. — In Ahlbeck waren Anfang August 10 870 Badegäste gegen 17 159 im Sommer 1914 und 20 506 im Jahre 1913. — Binz, das auch zu den besuchtesten Bädern in der Ostsee zählt, meldet Anfang August 12 000 Kurgäste gegen 15 879 im Kriegsjahr 1914 und 22 328 als Gesamtfrequenz im Jahre 1913. — Saßnitz, das nicht nur Badegäste mit längerem Aufenthalt, sondern auch stets eine große Anzahl von Touristen bei sich sieht, hat es bisher auf 10 026 Gäste gebracht, während es 1914 18 405 und 1913 sogar 24 585 Gäste hatte. — Verhältnismäßig gut steht Sellin mit 8688 Gästen gegen 11 000 1914 und Göhren mit 7192 gegen 9309 von 1914. — Das günstigste Resultat hat aber Baabe auf Rügen zu melden, das gegen 2181 im Jahre 1914 jetzt schon 1960 Gäste bei sich sah.

Köslin. Tragischer Tod einer Hundertjährigen. Die älteste Bürgerin der Stadt Köslin, die verwitwete Auguste Schmidt, erlitt, nachdem sie am 8. Juni ihren 100. Geburtstag feiern konnte, vor kurzem bei einem Unfall einen Knöchelbruch und wurde in das Krankenhaus gebracht. Infolge der schweren Verletzung mußte ihr ein Bein abgenommen werden. Wahrscheinlich, weil sie starke Schmerzen hatte, riß die alte Frau, als sie unbeobachtet war, den Verband ab, was ihren Tod zur Folge hatte.

Arnswalde. Ein Einbaum aus dem Moore gehoben. Ein hochbordiger Kahn, ein Einbaum, der trogartig aus einem einzigen Eichenstamm ausgehöhlt ist, wurde nördlich vom Gute Raakow, Kreis Arnswalde, entdeckt. Nach der Ansicht von Fachleuten hat dieses eigenartige Fahrzeug wohl tausend Jahre und mehr im Moor versunken gelegen. Der Nachen hat eine Länge von 4,25 Metern und ist oben von Bordwand zu Bordwand 63 Zentimeter breit.

Swinemünde. Eine Bauernfänger-Gesellschaft entlarvt. Der hiesigen Kriminalpolizei ist ein guter Fang gelungen, indem sie eine aus Berlin nach hier gekommene gefährliche Bauernfänger-Gesellschaft ermittelte und unschädlich machte. Es handelt sich um sieben Männer und eine Frau, die sich hier am Strande als „Badegäste“ einmieteten und dann auf die Suche nach Opfern gingen. So wurden verschiedenen Personen durch Falschspielerei erhebliche Geldbeträge abgenommen. Die Falschspieler, die zum Teil schon vorbestraft sind, wurden nach Feststellung ihrer Personalien nach Berlin abgeschoben.

Stettin. Zwei Personen bei einer Segelfahrt ertrunken. Ein Segelbootunglück ereignete sich auf der Mönne bei Stettin. Infolge des böigen Windes kenterte ein mit vier Personen besetztes Segelboot. Zwei Personen konnten durch herbeieilende Ruderer gerettet werden, während der 13jährige Schüler Erwin Gronewald und der 33jährige Matrose Erich Wolter ertranken.

Landsberg. Das Moderne Theater abgebrannt. Ein Großfeuer, das sehr leicht auch Menschenleben hätte fordern können, kam am Montagabend gegen 9½ Uhr im Modernen Theater zum Ausbruch. Als der Zuschauerraum dicht besetzt war, bemerkten plötzlich während der Vorstellung die Zuschauer, wie in der Mitte des Saales oben am Dache Flammen hervorzüngelten. Auf den sofort ausgestoßenen Alarmruf „Feuer“ bemächtigte sich der Besucher eine ungeheure Aufregung. Alles stürzte sich zu den Ausgängen. Im Nu war alles im Freien. Wenige Minuten später brannte das gesamte Theater. Es ist fast vollständig niedergebrannt. Die Bühne dagegen ist unversehrt.

Versammlungs-Anzeiger

Anzeigen für den Versammlungskalender werden nur bis 9 Uhr Morgens in der Geschäftsstelle, Am Spendhaus 6, gegen Barzahlung entgegen genommen. Zeilenpreis 15 Guldenpfennig.

Arbeiter-Jugend Langfuhr. Heute Besuch der Ortsgruppe Heubude. Abmarsch ½7 Uhr von der Sporthalle.

Arbeiter-Radfahrer-Verein „Vorwärts“ für den Freistaat Danzig. Sonntag, den 24. August: Agitationstour nach Bohnsack. Abf. 9 Uhr vom Heumarkt. Nachmittags 2½ Uhr: Teilnahme am Schwimmfest, Werdertor. (13967

Allgemeiner Gewerkschaftsbund der Freien Stadt Danzig. Am Montag, den 25. August, abends 6½ Uhr, findet im Gewerkschaftshaus, Karpfenseigen 26, eine Bundesdelegiertenversammlung statt. Erscheinen aller Delegierten notwendig. (13968

Was sagt ein Weiser?

Tue Recht und trage „Leiser“!

Beweis:

Damen-Haferlschuhe — prima braun Sportleder, zweisohlig, äußerst strapazierfähig — 14^25

Herren-Halbschuhe — prima braun Boxcalf, moderne Form, echte Rahmenarbeit — 20^75

Gebirgs- und Tourenstiefel — für Herren, bestes braunes Sportleder, Fledermauskappe, Doppelsohle — 22^90

Damen-Schnürschuhe — schwarz, R.-Chevreau, moderne Form

Damen-Spangenschuhe — schwarz, R.-Chevreau, bequeme Form

Kinder-Stiefel — schwarz, Spaltleder, äußerst strapazierfähig, Größe 31—35

9,90

Alleinverkauf: „Jka“ - Danziger-Schuh-Aktiengesellschaft.

LANGGASSE 73

Der Mann von fünfzig Jahren

9) Roman von Arthur Zapp.

Auch Professor Haug lächelte, als er seinen Gast ohne weitere Schwierigkeiten hinausbefördert hatte und zu seiner Familie zurückkam.

„Na, was sagt ihr?“

Als die drei Damen ihr Urteil abgegeben hatten — Hermann war zufällig nicht anwesend — bemerkte er begütigend: „Na, ihr müßt ihn ein bißchen in die Schule nehmen. Etwas mehr Schliff kann ihm nicht schaden!“

Zur Entschuldigung seines gesellschaftlich so unbeholfenen Assistenten teilte er mit, daß er aus den einfachsten Verhältnissen stamme. Sein Vater war ehemaliger Tischlermeister, und nur unter großen Entbehrungen und durch Erteilen von Privatunterricht hatte sich Heinrich Freidank das Studieren ermöglicht. Außer seinen Universitätsjahren war er nicht viel aus dem Elternhause gekommen. [illegible] der Gelehrte durch eine [illegible] Wirkung zu verschaffen. Einen wie [illegible] Schüler, eine wie [illegible] gäbe er heute! [illegible] Problemen und Erörterungen.

Dieser [illegible] Eindruck, den das [illegible] des Fremden auf die jungen Damen hervorgebracht hatte, konnte natürlich nicht durch ein paar Worte verwischt werden. Sie hatten ja nicht Gelegenheit, den [illegible] zu sehen und zu hören, wenn er im Studierzimmer des Vaters saß oder im Laboratorium oder in der [illegible] mit ihm arbeitete, wie da das Wesen des jungen Mannes einen ganz anderen Charakter annahm, wie sich seine Haltung straffte, seine Bewegungen sicher und [illegible] wurden, wie das [illegible] Gesicht sich belebte, [illegible], wie ruhig und klug die [illegible] im Gelben verloren, [illegible] Augen blitzten und wie ein [illegible] die [illegible] machte.

[illegible] nach seinem ersten Besuch gab die Familie Haug eine kleine Gesellschaft. [illegible] Dr. Freidank war natürlich [illegible] als Tischherr bestimmt worden, wenn ihr auch ein [illegible] anderer junger Mann lieber gewesen [illegible] und [illegible], daß ihr nun der ganze Abend verdorben würde.

In der Tat, die Sache ließ sich wenig ersprießlich an. Wie ein Stockfisch saß Freidank an ihrer Seite, starrte angelegentlich auf seinen Teller, während er mit einer Hand fortwährend Brotkügelchen knetete und nicht einen Laut von sich gab, als ginge ihn die Gesellschaft im allgemeinen und seine Nachbarin im besonderen nicht das geringste an. Es blieb ihr nichts übrig, als mit Vertauschung der Rollen ihn zu unterhalten. Auch sie fühlte sich nicht ganz frei von Befangenheit, denn ihr schräg gegenüber saß Assessor Herbert [illegible] und sandte zuweilen einen halb ironisch lächelnden, halb mitleidig bedeutenden Blick zu ihr hinüber. Sie hatte es wohl bemerkt, wie er schon gleich zu Anfang ihren Tischherrn erkannt, bewundert und mit unverkennbar spöttischer Miene gemustert hatte. Freilich, der mit vollendeter Eleganz gekleidete Regierungsassessor, der mit den vornehmen Manieren, dem sorgfältig frisierten Haar und den schmalen, gepflegten, weißen Händen, der vollendete Gesellschaftsmensch war, bot einen [illegible] zu denkenden Kontrast zu dem Assistenten im provinzialen, schlecht sitzenden Frack, aus dessen Kragen oben die Zipfel des kleinbürgerlichen Schlipses heraushingen, der unordentlich wogenden Mähne auf dem Haupte und der so offensichtlich sich verratenden Unbeholfenheit.

„Wie kommt denn dieser unmögliche Mensch in Ihr Haus und an Ihre Seite?“ schien der verwunderte, befremdete Blick des Assessors zu fragen, und als nun gar noch ihr unglücklicher Tischherr den Fisch mit seinem Messer zerlegte, über den Rheinwein in das Rotweinglas goß und sich den Serviettenzipfel in den Halskragen steckte, da schämte sie sich vor dem spöttisch hinüberblickenden [illegible] und gab ihm auf eine Anrede, zu der er sich endlich einmal aufgeschwungen hatte, eine so schroffe, kurze Antwort, daß er erschrocken aufsah und in der Meinung, etwas Unschickliches oder Dummes gesagt zu haben, wieder verstummte. Als die Tafel aufgehoben wurde, blieb er an seinem Stuhle stehen, während die anderen Herren ihre Damen in eines der beiden angrenzenden Zimmer führten, so daß sie sich, froh, von ihm erlöst zu sein, allein auf den Weg machte.

Dr. Freidank fühlte sich gedemütigt und ganz zerknirscht.

Niemals würde er sich unter so vielen fremden Menschen behaglich fühlen, niemals sich von dem Gedanken befreien können, für die anderen ein Gegenstand der Geringschätzung, wenigstens des Mitleids zu sein.

Und doch hätte er für sein Leben gern einen guten Eindruck auf Käthe Haug gemacht, wie auf alle Angehörigen des von ihm hochverehrten, bewunderten Mannes, der ihn zu so [illegible] Dank verpflichtet hatte.

VII.

Es kam nicht selten vor, daß der Geheimrat seinen Assistenten, wenn sie lange miteinander gearbeitet hatten und zuweilen noch weiter zu arbeiten beabsichtigten, zum Abendbrot mit ins Speisezimmer brachte. Aber Dr. Freidanks Schüchternheit schien unbesieglich, und selbst, wenn der Hausherr mit ihm von ihren gemeinsamen Studien sprach, konnte er die lähmende Befangenheit, die ihn in Gegenwart der andern verfolgte, nicht ganz verleugnen. Seine Sätze waren unzusammenhängend; er verwirrte sich mitten in einer Periode, verlor den Faden und kam ins Stottern und Stammeln, so daß es nicht nur ihm, sondern auch den andern Unbehagen bereitete.

Auch seine gelegentlichen Verstöße gegen die konventionellen Gebräuche beim Essen und im sonstigen Verkehr machten sich der Familie um so peinlicher bemerklich, als man ihm in seinem Alter und seiner Stellung keine Belehrungen erteilen konnte.

Neben dem Hausherrn ließ es sich auch Frau Haug angelegen sein, ihm das Gefühl des Fremdseins zu nehmen und ihn in der Familie heimisch werden zu lassen. Sie hatte dabei auch die Genugtuung, zu sehen, daß ihr dies besser gelang als ihrem Gatten und ihrem Sohn, und daß er ihr gegenüber anfing, seine Scheu zu verlieren und mehr aus sich herauszugehen.

Sie brachte in ihrer schlichten, natürlichen und herzenswarmen Weise das Gespräch auf seine persönlichen Verhältnisse und erkundigte sich teilnehmend nach seinen Angehörigen. Da erfuhr man denn allmählich, daß er der einzige Sohn seiner Eltern und ursprünglich auch für das Handwerk seines Vaters bestimmt gewesen. Aber schließlich hatte sich doch sein instinktives Verlangen nach wissenschaftlicher Bildung durchgesetzt, trotz aller erschwerenden, äußeren Umstände. Nachdem er schon zwei Jahre in der Tischlereiwerkstatt gearbeitet hatte, war es seiner Mutter, der Vertrauten seiner seelischen Kämpfe und seines geheimen Sehnens, gelungen, dem Vater die Einwilligung zum erneuten Schulbesuch abzugewinnen. Erst mit 21 Jahren hatte er die Universität beziehen können und auch hier waren seine Studien aufgehalten worden durch den vielen Privatunterricht, den er, um die Mittel zu seinem Unterhalt und für die Kosten des Studiums zu erlangen, hatte erteilen müssen.

Es war das erste Mal, daß er fließend, in abgerundeten Sätzen, fast beredt und in sympathisch klingenden Tönen wahrer, herzlicher Empfindung sprach und daß sein Gesicht den starren, verlegenen, hilflosen Ausdruck verlor.

(Fortsetzung folgt.)

Vom polnischen Holzexporthandel.

Der größte Abnehmer polnischen Holzes, insbesondere Rohholzes ist Deutschland, das durch den Versailler Vertrag und die späteren Abkommen über Naturallieferungen zu großen Reparationsleistungen, namentlich an Frankreich, Belgien und England, darunter auch in Form von Holz verpflichtet ist. 1922 betrug der deutsche Anteil am polnischen Holzexport etwa 70 Prozent. Dann folgte England mit nur 10 Prozent, und in weiteren Abständen kamen erst Oesterreich, Frankreich, die Tschechoslowakei usw. Dieses Anteilsverhältnis hat sich im Vorjahre etwas verschoben, da infolge des Ruhrkonfliktes die deutschen Reparationslieferungen für Frankreich und Belgien eingestellt wurden.

Immerhin ist es den polnischen Exporteuren trotz unablässiger Bemühungen nicht gelungen, diesen bedeutenden Ausfall durch direkte Geschäfte mit England, Frankreich, Belgien wie auch Holland usw. wettzumachen. Jedenfalls hat sich im Jahre 1923 die Ausfuhr von Bauholz nach Frankreich sehr stark vermindert und nach England nur die Ausfuhr von bearbeitetem Holz vergrößert, wenn auch nicht in dem erwarteten Maße, weil die englischen Importeure sehr hohe Ansprüche an die Qualität solchen Holzes zu stellen pflegen. Hinzu kam, daß seit Ende 1922 Rußland in immer zunehmender Weise als Konkurrent auf den Auslandsmärkten neben Lettland, Finnland, Schweden und der Tschechoslowakei aufgetreten ist, und zwar mit verhältnismäßig sehr billigen Preisen bei guter Qualität. Noch im Frühjahr des laufenden Jahres wurde in polnischen Fachkreisen die Konkurrenzunfähigkeit des polnischen Holzexports mit dem Hinweis darauf begründet, daß die polnischen Preise sich um etwa 30 Prozent über den Weltmarktstand erhoben hätten. Sehr schädlich für die ganze Entwicklung des polnischen Holzexports ist die schwankende Haltung der Warschauer Regierung ihm gegenüber gewesen, die schon in früheren Jahren z. B. die Schwellenausfuhr durch allerlei rigorose Bestimmungen erschwerte und im vorigen Sommer die Ausfuhr von Bauholz, Grubenholz und Telegraphenstangen durch Einführung einer bedeutenden Exportabgabe beinahe und die Ausfuhr von Espenholz durch ein Verbot überhaupt ganz unmöglich machte. In der folgenden Zeit hat man in Warschau zwar eingesehen, daß diese Maßnahmen noch mehr als die damaligen, mehrmals geänderten Devisenabgabenvorschriften höchst ungünstig auf die Lage der gesamten Wirtschaft des Landes und damit auch der Staatsfinanzen wirkten, und sich deshalb allmählich zu verschiedenen Erleichterungen, wie Aufhebung der teilweisen Ausfuhrverbote, Herabsetzung der Exportabgaben usw. bereit gefunden. Auch wurde erst kürzlich wieder durch die Gewährung von Ausnahmetarifen dem polnischen Holzexport ein sehr weitgehendes Entgegenkommen bezeigt. Trotz alledem ist es noch nicht gelungen, diesen Exportzweig wieder so zu beleben, daß man eine baldige Blüte erhoffen dürfte. Weiter litt und leidet der gesamte polnische Holzhandel noch unter dem unzureichenden heimischen Eisenbahnnetz und vor allem unter der Art der Linienführung der bestehenden Bahnen, die den geographischen Verhältnissen Polens in seiner jetzigen Form in keiner Weise angepaßt ist. Ein Thema, das von der polnischen Presse nur sehr selten und dann begreiflicherweise äußerst vorsichtig berührt wird, ist die Frage des Abtransports von Exporthölzern aus dem Wilnaer Gebiet und den übrigen Nordostbezirken Polens durch Litauen, d. h. in der Hauptsache auf dem Memelstrom. Ganz zweifellos würde eine Verständigung mit Litauen hierüber, die allerdings eine vorläufig noch recht ungewisse Besänftigung der politischen Atmosphäre zwischen diesen beiden Staaten zur Voraussetzung hätte, in außerordentlich bedeutendem Maße zur Hebung des polnischen Holzgeschäftes führen. Eine solche Verständigung läge aber durchaus auch im litauischen Interesse, weil nur hierdurch dem Holzhandel und der Holzindustrie Memels, dessen Lagerplätze heute so gut wie vollkommen leer sind, wieder aufgeholfen werden könnte.

Die Bedeutung der Holzausfuhr für die polnische Handelsbilanz und für das Staatsbudget zeigen folgende Zahlen. Der Wert der Ausfuhr von Holz in unbearbeitetem und halbbearbeitetem Zustande betrug 1923 (nach Angaben des statistischen Zentralamtes in Warschau) 114 062 173 Goldfranken oder ungefähr 10 Prozent des Wertes der polnischen Gesamtausfuhr, die im Vorjahre 1 195 586 653 Goldfranken erreichte. Dabei war der Holzexport in den letzten vier Monaten 1923 recht gering, und die Gesamtmenge des 1923 ausgeführten Holzmaterials entsprach mit 1 542 366 Tonnen bei weitem nicht der wirklichen Exportfähigkeit, die von Fachleuten auf 5 Millionen Tonnen jährlich geschätzt wird. Wie stark die Einnahmen des polnischen Staates sich auf die Holzwirtschaft im allgemeinen und den Holzexport im besonderen stützen, ersieht man aus folgenden Zahlen: In den Voranschlag des Haushaltsplanes für 1924 sind die Einnahmen aus den staatlichen Waldungen mit 74 Millionen Zloty (Goldfranken) eingestellt worden, was je Hektar 25,7 Zloty ausmacht. Die Einnahmen aus den Holzausfuhrzöllen werden z. B. für die Monate Juni, Juli, August des Vorjahres amtlich mit 6907,2 bzw. 4566,75 Pfund Sterling angegeben.

Aus aller Welt

Unter qualvollen Schmerzen gestorben ist der 9-jährige Walter Mitrasch aus Reichenbach, Sohn des Kutschers Mitrasch. Er hatte kurz nach dem Genuß von verschiedenem Obst eine Flasche Limonade getrunken. Nach viertägigem Krankenlager starb der Junge unter qualvollen Schmerzen.

Der Tod auf dem Flugplatz. Ein seltsamer tödlicher Unfall hat sich auf dem Flugfeld Aspern bei Wien ereignet. Die 11jährige Volksschülerin Anna Zimmer hatte einen 12 bis 15 Meter hohen Hangar der Flugzeuggesellschaft „Avis" erklettert und oben gespielt. Monteure, die sie bemerkten, wollten die Kleine verscheuchen, um zu verhüten, daß sie zu Schaden käme. Das Mädchen flüchtete vom Dach und kletterte geschwind auf der angelehnten Sicherheitsleiter herab. Dabei muß sie dem Starkstromkabel der elektrischen Lichtanlage zu nahe gekommen sein; das Kind verfiel sofort in Bewußtlosigkeit und blieb in den Sprossen der Leiter hängen. Man befreite die Kleine und berief die Rettungsgesellschaft, doch konnte der Arzt nur mehr den Eintritt des Todes feststellen.

Der Geheimtresor in der Doppelsohle. Der Buchhalter Josef Feldmesser aus Königshütte hatte dort eine Polin kennen gelernt, in die er sich verliebte. Sie erhörte seine Werbung auch und verlobte sich mit ihm, erzählte ihm dann aber, daß es ihr in Königshütte zu wenig gefalle, daß sie nach London auszuwandern gedenke. Nachdem er sich einen Auslandspaß besorgt hatte, fälschte er auf einem vorgedruckten Briefbogen der Firma, bei der er beschäftigt war, die Unterschrift der Inhaber, begab sich mit diesem Schriftstück zur Bank und erhielt die geforderten 4000 Zloty. Mit diesem Gelde fuhr F. nach Berlin und benachrichtigte seine Braut, die ebenfalls nach Berlin kam. Das Pärchen trat nun mit wohlgefüllten Taschen eine Italienreise an, kehrte dann nach Berlin zurück, um von hier aus nach London weiterzureisen. Auf dem Anhalter Bahnhof jedoch wurden sie von Kriminalbeamten festgehalten. Bei der Durchsuchung des Gepäcks jedoch fiel dem Beamten ein Paar tadelloser neuer Stiefel auf, an deren Sohlen er ein ganz besonderes Interesse nahm. Es stellte sich bald heraus, daß diese Sohlen auch das Interesse verdienten. Sie waren nämlich doppelt und dienten zur Aufbewahrung von Schweizer Franken und englischen Pfundnoten. Der Schatz gehörte ohne Zweifel zu der entwendeten Summe und konnte der geschädigten Firma zur Verfügung gestellt werden. Bei der Vernehmung gab die Braut an, von nichts zu wissen. Ihrer Weiterreise nach London stand mithin nichts im Wege. Der Bräutigam dagegen wird wohl auf diese Reise bis auf weiteres verzichten müssen.

Deutsche Arbeiterkinder nach Frankreich. In der vergangenen Woche ist der zweite Arbeiterkindertransport der Internationalen Arbeiterhilfe durch Vermittlung der Liga für Menschenrechte nach Frankreich abgegangen. Es waren insgesamt 160 Kinder. Davon stammten 60 aus Berlin und je 50 Kinder aus Leipzig und Hamburg.

Todessturz im Automobil. Ein schweres Automobilunglück ereignete sich auf der Chaussee Neuwedel-Reeth im Kreise Arnswalde. Kurz vor dem Dorfe Liebenow fuhr ein Lastkraftwagen der chemischen Produktenfabrik Stettin gegen einen Baum. Ein Mitfahrer wurde durch den starken Anprall fünfzehn Meter weit fortgeschleudert und blieb mit schweren Rippenbrüchen liegen. Der Chauffeur wurde mit gebrochenem Genick aus den Trümmern des vollkommen zerstörten Wagens hervorgezogen. — Bei Ballenstedt im Harz kreuzte ein Rudel Damhirsche die Landstraße, als ein Automobil daherkam. Ein schwerer Damhirsch wurde vom Automobil erfaßt und überfahren; dabei kam das Auto aus seiner Bahn und fuhr gegen eine Eiche, so daß die Insassen herausgeschleudert wurden. Der Chauffeur wurde schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht. Zwei Damen erlitten Knochenbrüche und starke Quetschungen, während zwei Herren mit leichteren Verletzungen davonkamen.

Die großschnäuzige Landbundgröße und der milde Staatsanwalt. Der Gutsbesitzer Hugo Gräfe aus Walschleben hatte sich kürzlich vor dem Amtsgericht Erfurt wegen grober Beleidigung des Gemeindevorstehers seines Ortes, des Regierungspräsidenten und des Reichspräsidenten zu verantworten. Die beleidigenden Aeußerungen waren gefallen in dem alten Erfurter Gasthofe „Zur hohen Lilie". Während der Staatsanwalt nur eine Geldstrafe von 200 Goldmark beantragt hatte, verurteilte das Gericht unter dem Vorsitz des Amtsgerichtsrats Dr. Hüfner den Gutsbesitzer zu einer viermonatigen Gefängnisstrafe.

Edelsteinnepper. Internationale Gestalten wurden dem Schöffengericht Schöneberg in den Händlern Bercowicz und Gollopin vorgeführt, um sich wegen Betruges zu verantworten. Nach ihren Pässen handelt es sich um eine weitgereiste Gesellschaft, die von Südamerika über Aegypten und London ihre Reiseroute genommen hatte, wo sie am 30. Juli d. J. anläßlich eines sehr zweifelhaften Geschäftes in Steglitz verhaftet wurde. Mit dem bei den Brillantenneppern üblichen Geschäftstrick hatten die Angeklagten es verstanden, auf der Straße die Aufmerksamkeit eines zufällig vorbeikommenden Hausverwalters mit einem funkelnden Brillanten zu erregen. Sie zeigten ihm einen Brillanten von 3 Karat Gewicht und ein Kästchen mit weiteren 19 Brillanten. Nach ihren Erzählungen stammten diese Steine von russischen Heiligenbildern und wurden, infolge des allgemeinen Preisabbaues, zu einem außerordentlich billigen Preis verkauft. Mit Ausnahme des einen Steines handelte es sich bei den anderen um geschliffenes Glas. Bevor das Geschäft zustande kam, wurden die Schwindler verhaftet. Das Gericht erkannte auf je 6 Monate Gefängnis.

Auf unserer letzten Einkaufsreise in Barmen und Elberfeld erwarben wir einen sehr großen Posten **Klöppel-Spitzen** und **Einsätze** sowie **Kleider-Spitzen** sehr vorteilhaft. Wir bringen diesen viele tausend Meter **liegenden Bestand** in einem am Freitag, den 22. August beginnenden

großen billigen Spitzen-Verkauf

zum Angebot, sehr geeignet für Aussteuerausstattungen und Ergänzungen.

Mengenabgabe vorbehalten!

Unsere Filiale Langfuhr bietet dasselbe.

Klöppel-Spitzen und Einsätze	beste Ausführung für Wäsche, ca. 2 bis 4 cm breit . . . . . Meter 0.65	0.45
Klöppel-Spitzen und Einsätze	für Decken und Gardinen, ca. 5 bis 7 cm breit . . . . . Meter 1.25	0.85
Zwirn- u. Baumwoll-Spitzen u. Einsätze	ca. 3 cm breit Meter 0.48	0.35
Zwirn- u. Baumwoll-Spitzen u. Einsätze	ca. 5 bis 6 cm breit, Meter 0.65	0.55
Filet-Spitzen und Einsätze	beste Qualität, ca. 6 bis 8 cm breit . Meter 1.45	0.95
Tüll-Volant	weiß bestickt, für Kleider . . . . . Meter	9.25

13966

Spitzen-Reste u. Abschnitte

zum Aussuchen sehr billig!

Sternfeld

DANZIG und LANGFUHR

Eigenes Einkaufshaus in Berlin.

Wirtschaft, Handel, Schiffahrt

Ueber den deutsch-italienischen Handelsverkehr in den ersten fünf Monaten dieses Jahres teilt der Mailänder „Sole" folgendes mit: Italien führte aus Deutschland für 311 Millionen Lire ein und führte nach Deutschland für 615 Millionen Lire aus. Der Ueberschuß zugunsten Italiens beträgt somit 304 Millionen Lire. Die Reparationslieferungen sind dabei nicht inbegriffen. In der italienischen Ausfuhr nach Deutschland steht an der Spitze verarbeitete Seide mit etwa 1100 D.-Ztr. im Werte von über 150 Millionen Lire. Dann folgen Südfrüchte mit 78 Millionen, Eier mit 45 Millionen, roher und gekämmter Hanf und rohe Häute mit je 39 Millionen, getrocknete Früchte mit 32 Millionen, Baumwollengespinste mit 24 Millionen, Seidenabfälle mit 23 Millionen. In der Einfuhr aus Deutschland steht an erster Stelle Kohle mit 109 Millionen, dann folgen Maschinen, Apparate und deren Teile mit 83 Millionen, verarbeitete Häute mit 39 Millionen, Farberden, Farben und Firnisse mit 21 Millionen, Eisen und Stahlwaren mit 20 Millionen.

Die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Automobilindustrie. Bemerkenswerte Ausführungen über den gegenwärtigen Stand der Automobilindustrie machte in der Generalversammlung der Rheinischen Automobil-A. G., Mannheim-Düsseldorf, der Vorsitzende des Aufsichtsrates, Generaldirektor Rudolf Sinke-Düsseldorf. Danach ist die Lage der deutschen Automobilindustrie heutzutage durch den scharfen Wettbewerb des Auslandes geradezu traurig. Man könnte zwar den Wettbewerb mit dem Auslande wohl aufnehmen, wenn man nicht gar zu sehr von den Einzelteil-Fabrikanten, die Vergaser, elektrische Anlagen, Bereifungen usw. herstellen, abhängig wäre. Diese Einzelteil-Fabrikanten betreiben eine Preispolitik, die den Absatz nach dem Auslande ganz unmöglich macht. Es ist schon viel darüber geschrieben und gesprochen worden, ob die Grenzen für die Auslandswaren geöffnet werden sollen oder nicht. Da hat sich die Tatsache ergeben, daß die Konkurrenz nicht groß war. Die Qualität der deutschen Waren ist eben doch so hervorragend, daß die Deutschen immer wieder die deutschen Wagen bevorzugen. Wenn die Grenze für Einzelteilfabrikate geöffnet wird, dann stände die Automobilindustrie besser da.

Verpachtung polnischer Naphthafelder. In der nächsten Zeit soll zwischen der polnischen Regierung und der britischen Controlled Oil Fields ein Abkommen abgeschlossen werden, zwecks Verpachtung der staatlichen Naphthafelder im Ausmaß von etwa 10 000 Hektar.

Hollands Außenhandel. Die Einfuhr nach Holland erreichte im Juli einen Wert von 198 Millionen Gulden, während die Ausfuhr 134 Millionen Gulden betrug.

Einschneidende Verschlechterung der österreichischen Handelsbilanz. Der österreichische Außenhandel hat sich im Juni dieses Jahres neuerdings verschlechtert. Einer Einfuhr von 179,3 Millionen Kronen steht eine Ausfuhr von 85,5 Millionen Goldkronen gegenüber, so daß das Defizit der Handelsbilanz sich auf 93,8 Millionen Goldkronen stellt. Dies ist das weitaus größte Monatsdefizit dieses Jahres. Im ersten Halbjahr 1924 betrug die Einfuhr 1045 Millionen, die Ausfuhr 529 Millionen Goldkronen. Demnach beläuft sich das Defizit im ersten Halbjahr 1924 auf 517 Millionen, gegen 310 Millionen Goldkronen im ersten Halbjahr 1923. Wenn im zweiten Halbjahr keine entscheidende Besserung eintritt, muß man mit einem Defizit der Handelsbilanz von mehr als eine Milliarde Goldkronen rechnen.

Günstige Entwicklung der deutschen Schiffahrt. Die Ausdehnung des deutschen Weltschiffahrtsliniennetzes hat im Jahre 1923 und in der ersten Hälfte 1924 eine günstige Entwicklung erfahren. In der Levante- und Orientschiffahrt konnte Deutschland wieder den alten Platz erobern, auch in der Afrikaschiffahrt gelang es den deutschen Linien, ihre alte Organisation weiter auszubauen und das Liniennetz auszudehnen. 1923 waren in den venezolanischen Häfen monatlich drei Schiffe aus Deutschland eingelaufen. Der deutsche Schiffsverkehr auf der Linie Westindien—Venezuela zeigte gegenüber den anderen Schiffahrtslinien eine Steigerung von 20 Prozent. Auf den Ceylonlinien haben die deutschen Schiffahrtsgesellschaften die holländischen Verschiffungen bereits ersetzt. Desgleichen konnten die deutschen Schiffahrtsgesellschaften im Wettbewerb um die Kap-Horn-Linie wertvolle Erfolge verbuchen.

Genossenschaftliches.

Folgen konsumgenossenschaftlicher Untreue. Der Konsumverein in Windisch-Eichenbach (Ofpf.) gab an seine Mitglieder ein von auswärts bezogenes 4-Pfund-Brot für 58 Pfg. ab, während ein solches bei den Bäckern 60 Pfg. kostete. Der Effekt war steigender Brotumsatz im Verein, sinkender Umsatz bei den Bäckern. Das veranlaßte diese zu einem Kampfpreise von 55 Pfg. Der Verein ging auf den gleichen Preis herunter. Die Folge war — erhebliche Umsatzverringerung beim Verein, bis dieser die Brotabgabe gänzlich einstellte. Und nun? Nun kostet das Brot den Verbrauchern in Windisch-Eichenbach wieder — 60 Pfg.

Die nordamerikanischen landwirtschaftlichen Genossenschaften erzielten nach einer Mitteilung des Ackerbauministeriums der Vereinigten Staaten im Jahre 1923 einen Umsatz von über 2 000 000 000 Dollar. Von den bestehenden mehr als 10 000 solcher Genossenschaften berichteten 8318 mit einem Umsatze von 1 700 000 000 Dollar. Von den berichtenden Genossenschaften treiben 2600 Getreideabsatz, 1341 Molkereiwirtschaft, 1182 Lebendviehabsatz, 956 Obst- und Gemüseabsatz. Allein die Getreideabsatzgenossenschaften brachten es auf rund 500 000 000 Dollar Umsatz, die Molkerei- und Obst- und Gemüseabsatzgenossenschaften auf rund 300 000 000 Dollar. Auch der Bezug land- und hauswirtschaftlicher Bedarfsgegenstände ist in erheblichem Maße genossenschaftlich organisiert. Zu diesem Zwecke bestehen etwa 1000 Genossenschaften mit 50 000 000 Dollar Jahresumsatz.

Verantwortlich: für Politik Ernst Loops, für Danziger Nachrichten und den übrigen Teil Fritz Weber, für Inserate Anton Fooken, sämtlich in Danzig. Druck und Verlag von J. Gehl & Co., Danzig.

S. Anker · Danzig
Telefon 33, 385, 393 · Gegr. 1871
Telegramm-Adresse: Kleeanker
Getreide :: Mehl :: Reis :: Saaten :: Futtermittel :: Kolonialwaren

Anker-Lager Aktienges.
DANZIG
Telefon 6879, 6880
Spedition von Massengütern ∴ ∴ ∴ Eigene große Lagerhäuser

Danzig-Kattowitzer Eisen- u. Metallhandelsgesellschaft m. b. H.
Zentrale: Danzig, Breitgasse 13 = Filiale: Kattowitz, Querstraße 2
Abbruch stillgelegter Betriebe — Voll- u. Halbfabrikate — Schrotte — Metallabfälle
Stab- und Formeisen — Eisen

Speicherei Aktiengesellsch.
Danzig, Hopfengasse Nr. 19/20
Telephon 5975, 5979, 3942
Getreidespedition :: :: Lagerung :: :: Maschinelle Bearbeitung

Olkos
Danziger Möbelindustrie u. Holzbearbeitung A.-G.
DANZIG-LANGFUHR

Geschäftliche Rundschau mit Dauerfahrplan
Musterschutz! Ohne Gewähr
Danziger Fernverkehr
Danzig—Simonsdorf—Tiegenhof und zurück

[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	ab	Danzig	an	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	an	Dirschau	ab	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	ab		an	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	an	Simonsdorf	ab	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	ab		an	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	an	Neuteich	ab	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	an	Tiegenhof	ab	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]

Bergenske
BALTIC TRANSPORTS LTD.
Telegramm-Adresse: „Bergenske"
Fernsprecher: Namensanruf
Reederei / Befrachtung / Spedition / Versicherung / Stauerei

Buchdruckerei
J. Gehl & Co.
Am Spendhaus 6 Tel. [illegible]

Buchhandlung
Volkswacht, J. Gehl & Co.
Am Spendhaus 6 u. Paradiesgasse 32

Western Leather & Industrial Co.
Filial-Stadt Co.
Danzig Branch: Danzig, Hundegasse 12
Telefon [illegible] Telegramm-Adresse: Wellma Danzig
Fabrik in Tschelatschowo, Polen, Post Bahn, Bez. Posen
Inh. Dr. Gumbinner

Danziger Commerz- u. Depositenbank
Aktiengesellschaft
Danzig, Langgasse Nr. 48/49

Alexander & Lewin
Danzig, Langgasse Nr. 26/27
Damen-Kleiderstoffe und Voiles
EX GROS = = = EXPORT

Bernhard Guttmann
Holzexportgesellschaft m. b. H.
Hundegasse Nr. 53 Fernsprecher 7661

M. Slaweit & Co. Ltd.
London — Danzig
Holzexport
Melzergasse 4 Tel. 757, 1474

Walter Goldstein
Danzig, Hundegasse 4—5
Telephon 3140 und 5463
Leinen- und Baumwoll-Waren en gros

Danziger Holzexport
ISIDOR GOLDBERGER
D-A-N-Z-I-G
Vorstädtischer Graben 48b

Grandt & Schumann
Holzmakler
Gegründet 1877
Danzig, Hundegasse 12 Telefon Nr. 6701 u. 223

N. Kleczewski & Co.
Danzig, Hundegasse 33
Saaten und Getreide

Henryk Lubinski
Hundegasse 113 TEXTILIEN Telephon 2030
Telegramm-Adresse: „VERDILE"

Baltische Agrar-Handelsgesellsch.
IMPORT Böttchergasse EXPORT

Hans Angress
Vorstädtischer Graben 11 a Telephon [illegible]
IMPORT - Kurz-, Wall- und Wollwaren - EXPORT

Bensinger & Co.
Mündungsgasse 4/6 DANZIG Mündungsgasse 4/6
Textilwaren-Export
Ständige Lager in allen größeren Plätzen Polens.
Vertreter von S. Bensinger, London.

Skwierawski & Co.
DANZIG
Pfefferstadt 55
Textilwaren-Großhandlung

Danziger Nachrichten

Wirtschaftskrise und Arbeiterschaft.

Wirtschaftskrise, Streik, Aussperrung, Generalstreik sind die Angelpunkte der Diskussion, die gegenwärtig in der Danziger Arbeiterschaft gepflogen wird. Es ist deshalb zu begrüßen, daß den sozialdemokratischen Vertrauensmännern Gelegenheit geboten war, den Gen. Spill, den 1. Vorsitzenden des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes für die Freie Stadt Danzig, über diese Dinge zu hören. Der Besuch der Versammlung im großen Saale der Maurerherberge war leider etwas beeinträchtigt durch die gleichzeitige Tagung anderer Körperschaften. Für die Anwesenden war der Abend ein Gewinn, denn die Ausführungen des Gen. Spill über „die gegenwärtige Wirtschaftskrise" zeugten von einer gründlichen Beherrschung der Materie.

Redner legte dar, daß die oft gehörte Ansicht, die Wirtschaftskrise sei von den Unternehmern künstlich herbeigeführt, um die Position der Arbeiter zu schwächen, einer eingehenden Prüfung nicht standhalte. Auch von einer Einheitsfront der Unternehmer kann nicht die Rede sein. In dem Bestreben, nach der Verlängerung der Arbeitszeit und Verkürzung des Lohnes sind sich die Arbeitgeber wohl einig, aber bei der Verwirklichung dieses Bestrebens zeigen sich schon Gegensätze im Lager der Unternehmer. Nicht einmal ihre einzelnen Gruppen bilden eine Einheitsfront. Das Baugewerbe hat z. B. nur ⅓ der Arbeiter ausgesperrt. Die Interessen der einzelnen Unternehmergruppen sind so entgegengesetzt, daß sich nur schwer eine Einheitsfront herstellen läßt.

Gegenüber dem Bestreben nach Lohnabbau und Arbeitszeitverlängerung wird oft die Einheitsfront des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes gefordert. Der Generalstreik soll die Arbeiterschaft von allen Wirtschaftsnöten befreien. Grundsätzlich ist der Generalstreik nicht abzulehnen. Aber es muß geprüft werden, ob er notwendig ist. Nichts ist verkehrter, als zu glauben, daß durch den Generalstreik dauernde Lohnverbesserungen zu erzielen sind. Wenn wirklich auf der ganzen Linie eine Lohnerhöhung erzielt werden würde, besteht doch keinerlei Garantie dafür, daß das Errungene auch festgehalten werden kann. Einzelne Gruppen von unorganisierten Arbeitern würden durch solch einen allgemeinen Kampf zwar Vorteile erringen können. Aber er bringt den Berufen, die sich auf eine geschlossene Organisation stützen, nur geringe Aussichten.

Hauptbedingung für jede Lohnbewegung ist eine straffe Organisation und gute Konjunktur. Ein Teil der Gewerkschaftler ist der Meinung, auch bei schlechter Konjunktur könnten durch gewaltsame Lahmlegung des gesamten Wirtschaftslebens Erfolge erzielt werden. Wenn dieser Weg Erfolg verspräche, wäre er längst beschritten. Jeder Gewerkschaftler weiß, daß der Aufbau der Gewerkschaften nicht das Produkt eines findigen Kopfes, sondern etwas historisch Gewordenes ist, ein Produkt der wirtschaftlichen Entwicklung. Zugegeben werden muß, daß die Gewerkschaften sich den heute oft sehr schnell ändernden wirtschaftlichen Verhältnissen manchmal nicht rechtzeitig anpassen können. Aber der Nachteil ist nicht so groß, als daß mit einem Schlage neue Methoden eingeführt werden müßten, die die Kreise der Gewerkschaftler nur verwirren, was ganz besonders in dieser Zeit der wirtschaftlichen Krise vermieden werden muß.

Wirtschaftskrisen gab es auch schon vor dem Kriege. Sie entstanden durch Ueberproduktion eines Industriezweiges, wodurch Absatzstockungen eintraten, was nach und nach auf andere Gewerbe übergriff und so zu einer allgemeinen Wirtschaftskrise führte. Die Krisen wiederholen sich in gewissen Abständen. Die Unternehmer suchten dann durch Lohnkürzungen die Produktionskosten zu verbilligen, um auf dem Weltmarkt die Preise unterbieten zu können. An eine Hebung des Inlandkonsums durch Stärkung der Kaufkraft der arbeitenden Bevölkerung dachte man nicht.

Die jetzt in Danzig wütende Wirtschaftskatastrophe ist auf andere Ursachen zurückzuführen. Tatsache ist, daß kein Ueberfluß an Waren vorhanden ist. Es sind auch Aufträge genügend vorhanden, aber es fehlt an Mitteln, diese Aufträge ausführen zu können. Eine Reihe von Betrieben in der Holzindustrie haben ihre Arbeiter entlassen, weil es ihnen unmöglich war, mit einem Zinssatz von 30 Prozent für das Bankkapitol noch rentabel zu arbeiten. Die hohen Zinssätze und Kapitalmangel sind die Ursachen der jetzigen Wirtschaftskrise, die sich nicht nur in Danzig, sondern auch in Deutschland und Polen bemerkbar macht. Eine gesetzliche Festsetzung des Zinssatzes wird jedoch nicht zu dem gewünschten Erfolg führen, da das Danziger Wirtschaftsgebiet zu klein ist. Die Folgen des hohen Zinssatzes sind zahlreiche Konkurse, die besonders im Mai stark auftraten, im Juni abflauten, im Juli aber wieder stark zunahmen. Andere Firmen haben ihren Geschäftsbetrieb freiwillig eingestellt. Diese Erscheinungen werden als „Reinigungsprozeß der Wirtschaft" bezeichnet. Auch der Arbeiterschaft kann es nur von Vorteil sein, wenn auf Inflationsgewinne eingestellte Betriebe und besonders im Handel unnütze Zwischenglieder wieder verschwinden. Aber einflußreiche Leute im Freistaat benutzen diese Wirtschaftskrise, um lästige Konkurrenz auszuschalten. Dieselben Kreise (Klawitter usw.), die im Interesse der Großindustrie die rechtzeitige Einführung einer eigenen Währung verhinderten, nützen auch jetzt wieder die Krise für ihre Zwecke aus. Diesem Bestreben müßte der Senat, der doch Sachwalter der allgemeinen Interessen sein soll, Widerstand leisten. Er aber sieht diesem Treiben tatenlos zu. Seine Pflicht wäre, für den Zustrom fremden Geldes nach Danzig zu sorgen. Nur dadurch kann die Wirtschaftskrise gehoben werden. Es sind Bestrebungen zur Gründung einer Hypotheken- und Kreditbank im Gange. Bevor die Aufwertungsfrage nicht geregelt ist, ist an die Errichtung einer solchen Bank nicht zu denken. Der Senat drängt nun auf Verabschiedung der Aufwertungsgesetze. Dann ist die Möglichkeit gegeben, nach Danzig fremdes Geld hereinzuschaffen und so der Wirtschaft neues Blut zuzuführen. Es wird Zeit, daß der Senat Anstrengungen macht, um die Wirtschaftskrise abzukürzen, die der Arbeiterschaft große Opfer auferlegt. Der Kampf im Hafen ist ein Ausfluß dieser Krise. Die Reeder versuchen, unter Ausnutzung der schlechten Konjunktur, den Lohn der Hafenarbeiter zu kürzen. Um den Hafenarbeitern Hilfe zu bringen, wird vielfach der Generalstreik propagiert. Dazu liegt jedoch keine Veranlassung vor.

In der Diskussion vertrat Gen. Sierke den Standpunkt, daß die Unternehmer einen großen Teil der Schuld an der Wirtschaftskrise tragen. Sie sei zu dem Zweck herbeigeführt worden, die Organisation der Arbeiter zu zertrümmern. Er forderte Eingreifen des Bundesvorstandes in den Hafenarbeiterstreik. Gen. Riesop (Dortmund) dankte für die freundliche Aufnahme der Ruhrkinder in Danzig. Eine Anfrage des Genossen Lieb gab dem Gen. Sierke Gelegenheit, eine Verleumdung zurückzuweisen. Gen. Sierke stellte ausdrücklich fest, daß auf seine Veranlassung hin die Weichselholzarbeiter das Zusammenarbeiten mit Streikbrechern abgelehnt haben. In seinem Schlußwort ging Gen. Spill auch auf den Generalstreik im August des vorigen Jahres ein. Heute lägen die Dinge ganz anders, und das gleiche Mittel, das damals der Arbeiterschaft einen Erfolg brachte, könne heute zu ihrem Schaden ausschlagen. Die im Kampfe befindlichen Organisationen der Bauarbeiter, der Hafenarbeiter und der Maler wären so gefestigt, daß es eines Generalstreiks zu ihrer Unterstützung nicht bedarf.

Mit dem Fuhrwerk tödlich verunglückt.

Vorgestern gegen Abend fuhr der 44 Jahre alte Schlächtermeister Jul. Persecke aus St. Albrecht in einem zweiräderigen, mit einem vierjährigen Hengst bespannten Wagen von Hause weg, um unterwegs einige geschäftliche Angelegenheiten zu erledigen. Abends, gegen 11 Uhr, kam das Pferd schweißbedeckt und mit gänzlich zerrissenem Geschirr ohne Wagen auf den P.schen Hof in St. Albrecht gelaufen.

Frau P. benachrichtigte sofort die Polizei von dem Vorfall, die gestern früh sofort Ermittelungen nach dem Verschwundenen anstellte und auch die Danziger Kriminalpolizei benachrichtigte. Es wurde ermittelt, daß P. mit dem Fuhrwerk zuletzt zwischen 8 und 9 Uhr abends von einem Gärtnereibesitzer gesehen worden war, als er in der Nähe von Praust in einen Feldweg in ziemlich scharfem Tempo hineinfuhr. Einige hundert Meter von der Gärtnerei entfernt fand man dann unten an der Böschung des Feldweges unter dem umgestülpten Wagen die Leiche des P. Wie die durch einen hinzugerufenen Arzt vorgenommene Untersuchung des Toten ergab, war der Tod eingetreten infolge schwerer Brustquetschungen, hervorgerufen durch die Sitzlehne des umgefallenen Gefährtes, die noch bei Auffindung der Leiche quer über der Brust lag.

Der Unfall hat sich offenbar derart abgespielt, daß P. die Gewalt über das Fuhrwerk verlor, das darauf an den Rand der Böschung geriet. Im Herunterfallen überschlug sich dann der leichte Wagen. Wie der zerwühlte Erdboden vor dem Wagen deutlich zeigte, hat sich nun das kräftige Pferd mit aller Macht bemüht, von den Strängen loszukommen, was ihm schließlich gelang. Bei der Leiche wurde noch ein Geldbetrag von etwa 10 Gulden vorgefunden. Der Verunglückte befand sich anscheinend auf dem Heimwege, nachdem er vorher in Praust, Gischkau und Bangschin gewesen war. In dem zuletztgenannten Ort hatte er zwei Schweine gekauft und eine Anzahlung darauf geleistet. Unterwegs war er dann in mehrere Lokale eingekehrt und mag vielleicht bei der Heimkehr nicht mehr ganz nüchtern gewesen sein. Von Danzig aus war ein Kriminalkommissar mit mehreren Beamten am Fundort der Leiche erschienen. Die Feststellungen ergaben, daß lediglich ein Unfall, nicht aber ein Verbrechen vorliegt. — Die Meldung einer hiesigen Zeitung vom Raubmord bei Praust entspricht nicht den Tatsachen.

Sozialdemokr. Partei der Freien Stadt Danzig.

Der Landesvorstand plant die Errichtung einer besonderen

Arbeiterwohlfahrts-Zentrale für den Freistaat.

Die Mitglieder des Landesvorstandes, der Frauenkommissionen, des Frauenausschusses sowie alle Mitglieder der Wohlfahrtskommissionen werden daher dringend ersucht, zu einer Sitzung, die am **Montag, den 25. August**, abends 7 Uhr, im Fraktionszimmer der S.P.D. stattfindet, zu erscheinen.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Gen. Gebauer „Zweck und Ziel der Arbeiterwohlfahrtspflege". 2. Freie Aussprache.

Der Landesvorstand.

Turnspiel-Serie 1924.

Arbeiter-Turn- und Sport-Verein, 12. Kreis, 3. Bezirk.

Uns wird geschrieben: Die Rasenspiele der Turner und Sportler haben im Vergleich zur vorigen Serie einen großen Aufschwung genommen. Insbesondere ist es zu begrüßen, daß in diesem Jahre außer dem Faustball, Hand-, Schlag- und Raßball aufgenommen ist. Allerdings werden Schlag- und Raßball, letzteres nur für Turnerinnen, erst Wurzeln fassen müssen, um dann im nächsten Jahre als Bezirksspiele gewertet zu werden. Im Faustball für Turner legte der Spielausschuß eine 2. Klasse ein, um schwächeren Vereinen die Teilnahme zu ermöglichen.

Insgesamt wurden gemeldet für Faustball: Turner 1. Kl. 6 Mannschaften, Turner 2. Kl. 5 Mannschaften, Jugend 3 Mannschaften, Turnerinnen 6 Mannschaften. Handball 4, Raßball 3 und Schlagball 2 Mannschaften. Die Serie, die bereits längere Zeit im Gange ist, zeitigt auch in spieltechnischer Hinsicht Vorwärtskommen.

Die bisherigen Resultate sind: Faustball 1. Kl.: Schidlitz 1—Langfuhr 2 109:95 P. Danzig 1—Ohra 1 106:85 P. 2. Kl. Danzig 2—Danzig 3 75:66 P. Danzig 3—Schidlitz 2 37:28 P. Langfuhr 3—Langfuhr 4 45:48 P. Langfuhr 3—Danzig 3 63:63 P. Jugend: Schidlitz—Danzig 48:38. Turnerinnen: Schidlitz 1—2 50:26 P. Danzig 1—Schidlitz 2 59:41 P. Danzig 2—Schidlitz 1 11:37 P. Danzig 1—Schidlitz 1 60:77 Punkte.

Aus diesen Resultaten kann man bereits eine Uebersicht gewinnen. In der 1. Klasse für Turner werden sich Danzig und Schidlitz am kommenden Sonntag einen harten Kampf liefern. In der Turnerinnen-Klasse hat Schidlitz seinen alten Titel gegen Danzig behaupten können. Die weiteren Spiele in der Klasse werden kaum eine Aenderung bringen.

Am Sonntagvormittag 9 Uhr werden außer einer Reihe anderer Spiele das bereits erwähnte Faustballspiel Danzig—Schidlitz und das um 10 Uhr stattfindende Schlagballspiel Danzig—Langfuhr von Wichtigkeit sein. Alle am Nachmittag festgelegten Spiele fallen des Schwimmfestes wegen aus. Außer diesen Bezirksspielen fanden am vergangenen Sonntag in Marienburg einige interessante Treffen statt. So spielte Danzig 1 (vorjähriger Bezirksmeister) gegen Elbing (Kreismeister) und verlor mit 78:80 P. Die Schidlitzer Turnerinnen (vori. Bezirksmeister) standen ebenfalls den Turnerinnen Elbings gegenüber und konnten mit 38:17 P. über Elbing siegen. Desgleichen auch Danzig mit 18:12 Punkten.

Wasserstandsnachrichten am 22. August 1924.

	20. 8.	21. 8.	Kurzebrack	+ 1,20	+ 1,14
Zawichorst	+0,93	+ 1,02	Montauerspitze	+ 0,66	+ 0,60
	20. 8.	21. 8.	Pieckel	+ 0,60	+ 0,54
Warschau	+1,18	+ 1,15	Dirschau	+ 0,53	+ 0,44
	20. 8.	21. 8.	Einlage	+ 2,16	+ 2,12
Plock	+0,73	+ 0,69	Schiewenhorst	+ 2,38	+ 2,36
	21. 8.	22. 8.	Nogat:		
Thorn	+0,62	+ 0,59	Schönau O. P.	+ 6,79	+ 6,70
Fordon	+0,72	+ 0,67	Galgenberg O. P.	+ 4,60	+ 4,64
Culm	+0,67	+ 0,61	Neuhorsterbusch	+ 1,78	+ 1,72
Graudenz	+0,70	+ 0,64	Anwachs	+	+

Amtliche Börsennotierungen.

Danzig, 21. 8. 24

1 Rentenmark 1,33 Gulden.
1 Zloty 1,06 Danziger Gulden.

Berlin, 21. 8. 24

1 Dollar 4,2 Billionen, 1 Pfund 18,8 Billionen Mk.

Danziger Getreidepreise vom 21. August. (Amtlich) In Danziger Gulden per 50 Kg. Weizen 14,00—14,05, Roggen 9,20—9,40. Gerste 11,60—12,50. Hafer 8,55—9,00.

Amtliche Bekanntmachungen.

Durch Beschluß der Kassenorgane werden vom 1. September 1924 ab die Krankenversicherungsbeiträge (§ 44 Abs. 1 der Kassensatzung) von 7½ Prozent auf 7 Prozent des Grundlohnes herabgesetzt. Außerdem ist eine Änderung des § 15 Abs. 5 und eine Erweiterung der in §§ 16, 29 u. 30 Abschnitt b bezeichneten Leistungen beschlossen worden.

Satzungsnachträge, sowie auch die neuen Beitragsübersichten können vom 1. 9. 24 ab in unserm Verwaltungsgebäude, Jopengasse 52, Zimmer 2, in Empfang genommen werden.

Der Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse in Danzig. (13977

Neu! Neu!
Deutscher Justizmord
von Gerhard Pohl
mit dem Nachtrag
René Payot: **Der Fall Fechenbach**
Zu haben in der
Buchhandlung Volkswacht
Am Spendhaus 6 Paradiesgasse 32

Von der Reise zurück
Herbert Jantzen
Dentist
Zahnpraxis
Tischlergasse 21, I. Tel. 2505 (Nebenanschl.)
Sprechstd.: Wochentags 9—5 durchgehend.

Kaete Schwark
Zigarren • Zigaretten • Tabak
en gros en détail
Schüsseldamm 34
Telefon 2047 (13945 Telefon 2047

Habe zu meinem
Textilwaren-Engros-Geschäft
Detail-Verkauf zugenommen
Daher Verkauf zu billigen Preisen
Arbeiter-Bekleidung, Kinder-Anzüge, Damen-Kleider, Blusen, Röcke, Wäsche, Schürzen, wollene u. baumwollene Stoffe, Bettwäsche, Inletts, Strümpfe usw.
D. Gutstein, Pfefferstadt 50
Eingang vom Hausflur 13947

Große Auswahl in
Parfüms, Seifen, Kosmetik
für Haar-, Haut-, Mund-, Zahn- und Nagel-Pflege 12557
erstklassige deutsche und franz. Fabrikate
Toiletten-, Wirtschafts- und Geschenk-Artikel
Kämme, Bürsten u. Rasierutensilien
Koffer, Akten-, Musik-, Besuchs- und Marktaschen
Offenbacher Leder, stabil und elegant
Union-Parfümerie
Ziegengasse 5 :: Ecke Heilige-Geist-Gasse

Kredit
Bei kleiner Anzahlung geben wir sofort mit:
Strapazier-Anzüge schwere Qualität, versch. Farben 30 G
Anzüge kariert gute Verarbeitung . . . . . 45 G
Blaue Anzüge Ia Qualität . . . . . 75 G
Anzüge Kammgarn verschiedene Muster, Ia Qualität 85 G
Regen-Mäntel
Anzüge, Paletots nach Maß werden schnell angefertigt
9 Danziger Textilhaus 9
Lange Brücke
13962

Kleine Anzeigen
in unserer Zeitung sind billig und erfolgreich.

Wilhelm-Theater

Direktion: Paul Bansmann

Nur noch bis Sonntag, den 31. August 1924

Das erfolgreiche Gastspiel des

Gebrüder-Herrnfeld-Theaters

Direktion: Anton Herrnfeld

8¼ Heute und folgende Tage 8¼

Unbeschreiblicher Lacherfolg

der dreiaktigen Herrnfeldiade

Wer ist der Vater?

mit **Anton Herrnfeld** und **Ferdinand Grünecker**

in den Hauptrollen

Vorverkauf Warenhaus Gebr. Freymann, sowie ab 7 Uhr Theaterkasse

Preise der Plätze: 1 bis 6 G

Varieté Wintergarten

Eingang: Olivaer Tor 10 und Schichaugasse 2 c. Telephon 1925.
Direktion: E. v. Stamaty. Geschäftsleitung: H. Eichhorn.

Anfang: 8¼ Uhr: Varieté-Programm.

Täglich ab 9 Uhr:

Ringkampf um den großen Preis der Freien Stadt Danzig von 6000 G in bar, die bereits schon lange deponiert sind.

Heute! Freitag ringen:

De Souza (Afrika) gegen **Stechulat** (Litauen)

Pepi Winter (Oesterreich) gegen **Schulz** (Deutscher Meister)

Der spannende Entscheidungskampf:

Smirnoff (Rußland) gegen **Parschau** (Ostpreußen)

Nach Schluß der Vorstellung: **Bier-Kabarett** bis 4 Uhr früh geöffnet. mit Tanz bei freiem Eintritt.

Danzig—Heubude

Mit Wirkung vom 16. d. M. haben wir den Fahrpreis für **eine einfache Fahrt** auf der obigen Strecke

von G 0.50 auf G 0.40

ermäßigt. Gleichzeitig haben wir wieder einen Fahrschein für

Hin- u. Rückfahrt G 0.70 13943

eingeführt. Dieser Fahrschein gilt in beiden Fahrtrichtungen nur für dieselbe Person; er ist also nicht übertragbar.

Fernsprecher 3148 **„Weichsel" A.-G.** Fernsprecher 3148

LICHT- SPIELE Am Hauptbahnhof

Vom 22. bis 28. August 1924

Zwei Schlager!

1. **Am roten Kliff**

Drama in 4 Akten

Hauptdarsteller:

Charlotte Spira — Agnes Straub

H. Adalbert von Schlettow

2. **„Haschisch"**

Orientalisches Drama in 5 Akten

Hauptdarsteller:

Tilla Durieux — Evi Seeberg

Paul Hartmann — Leopold von Ledeburg — Wilhelm Diegelmann

Ferner:

Chaplin nascht verbotene Früchte

Groteske in 1 Akt

Vorführung 4, 6, 8 Uhr — Sommerpreise

Flamingo

Eine Ueberraschung bereitet Ihnen der neue Film

Chaplin in Danzig

Seine Ankunft, Besichtigung der Stadt, Treffpunkt Kaffee Seidel, Siegessäule i. Schützenhaus, sein Einkauf bei den Firmen Jankewitz, Langgasse, Brzezinski, Breitgasse u. viel. m.

Der Film wurde in Danzig von der Danziger Filmzentrale GEORG ANDRIUS hergestellt.

Die Liebe siegt (im letzten Moment)

Amerikanischer Gesellschaftsfilm in 6 Akten

und der reizende Ausstattungsfilm

Die Favoritin des Maharadscha

Eine hübsche Liebesgeschichte in 5 Akten mit **Eugen Neufeld, Carmen Cartellieri**

Ein sehr gutes und abwechslungsreiches Programm. Kapelle Fuchs in alter Güte wieder verstärkt, 7 Herren.

M. Finke's Schwankende Weltkugel

befindet sich vom 24. August an in

Brösen im Kurgarten.

Beste deutsche Marken.

Fahrräder

Mäntel, Schläuche, Zubehör, Ersatzteile verkauft staunend billig. 13905

Danziger Fahrrad-Vertrieb

R. Willer, 1. Damm 14

Danzigs arbeitende Bevölkerung verlangt nur Brot

und andere **Backwaren**

aus der

Produktivgenossenschaft d. Danziger Bäckerei- und Konditoreiarbeiter e. G. m. b. H.

Unser Brot ist gezeichnet: P. d. B. u. K.

Verkaufsstellen in allen Stadtteilen

13778

Lawendelgasse 9b an der Markthalle

Ich fabriziere alles selbst

daher die billigen Preise

Ich bin tatsächlich in der Lage, Herren- und Burschen-Anzüge zu Fabrikpreisen anzubieten, denn bei mir

schaltet jeder Zwischenhandel aus!

Einige Beispiele:

Herren-Anzüge mit guten Zutaten, sehr gute Ausführ., 75.00, 58.00, 45.00, 38.00, **25.00**

Manchesteranzüge u. -hosen in sehr großer Auswahl

Maß-Abteilung unter Leitung eines erstklassigen Zuschneiders

Maß-Anzüge . . . . . von **60.00**

Schweiger-Mäntel u. Raglans aus sehr soliden Stoffen

Gummimäntel . . . 64.00, 56.00, 48.00, **35.00**

Arbeits- und Sonntagshosen sehr gute Qualität und zu sehr billigen Preisen

Besuch lohnend! Ohne Kaufzwang!

Lawendelgasse 9b an der Markthalle

Bekleidungshaus Fichtmann

Zigarren

en gros — en détail

O. Strohmenger, Danzig, 13946

Kassubisch. Markt 1 c.

Telefon Nr. 2004.

Damen- u. Herren- **Schirme** billig zu verkaufen. (†

Fr. Neumann, Poggenpfuhl 14.

Eig. Reparaturwerkstatt.

Achtung!

Gebrauchte Wohnungseinrichtung, auch einzelne Stücke, sofort billig z. verk. Schmiedegasse 25, 2 r. (†

Alte u. junge **Brieftauben** verkauft. (†

Goertz, Sandgrube 15.

Die zur Reparatur gegebenen **Puppen bitte umgehend abzuholen.**

Winkler, Johannisgasse 63. (†

Anständiger Mann der 28 Jahre auf einer Stelle gearbeitet hat, bittet um

Beschäftigung,

Heizer, Wächter, Bote od. Portier, gleich welcher Stellung. Angebote unter B. 1332 an die Exp. der Volksstimme. (†

Rohrstühle

werd. saub. eingeflochten, auch Sternegeflecht (†

Sint. Adl. Brauhaus 4, 2.

Genossen, Leser, Gesinnungsfreunde

Geschäfte, die nicht in Eurer Zeitung inserieren, verzichten auf Eure Kundschaft! Berücksichtigt daher bei Euren Einkäufen nur die

Inserenten der Danziger Volksstimme

Konsum- und Spargenossenschaft für Danzig u. Umgegend e. G. m. b. H.

Was will die Genossenschaft?

Sie erstrebt die **Demokratisierung** und bekämpft den Absolutismus in der Wirtschaft. Jedes Mitglied hat eine Stimme.

Sie bereitet freiwillige **Sozialisierung,** indem sie die Warenherstellung und -Verteilung unter die Kontrolle der Konsumenten stellt.

Sie erstrebt die **Bedarfswirtschaft** und bekämpft die kapitalistische Profitwirtschaft.

Sie erstrebt die Ausschaltung des überflüssigen **Zwischenhandels** und die Verbilligung der Ware durch Abkürzung des Weges von der Produktionsstätte zum Konsumenten.

Sie schafft die **Bereicherung des einzelnen** aus und verteilt den Reingewinn nach Maßgabe der Beteiligung am Umsatz an die Konsumenten.

Zur Erreichung dieses Zieles sammelt sie, neben dem Geschäftsanteil von 40 Gulden, die Spargroschen der Arbeiter, schafft sie in Dollar gut und verzinst sie mit den-selben Zinsen wie die Sparkassen.

Mitglied kann jeder werden, ganz gleich welchen Standes, welcher Parteizugehörigkeit und welcher Religion, sofern er bereit ist, an der Erreichung obigen Zieles mitzuarbeiten.

Alfred Mätzold

Emaillier-Anstalt

Frauengasse 18

Emaillieren von Fahrrädern Motorrädern :: Autoteilen

und dergleichen

1 Einhornvergaser 33 mm Durchmesser, zu verkaufen Weißmönchengasse 10. (†

Wohnungstausch!

Dr. Walddorf, nach der Stadt, Stube, Kabinett, Boden, Keller, Stall, u. Garten, mit Stube, Kabinett und Zubehör, evtl. klein Laden. Angebote unter B. 1333 an die Exp. der Volksstimme. (1396

Arbeiterkartell für Geistes- und Körperkultur

Sonntag, den 24. August, nachmittags 2³⁰ Uhr

Werbe-Schwimmfest

der Arbeiterschwimmer

in der Männer-Badeanstalt am Werdertor

Eintritt 50 P

Eintritt 50 P